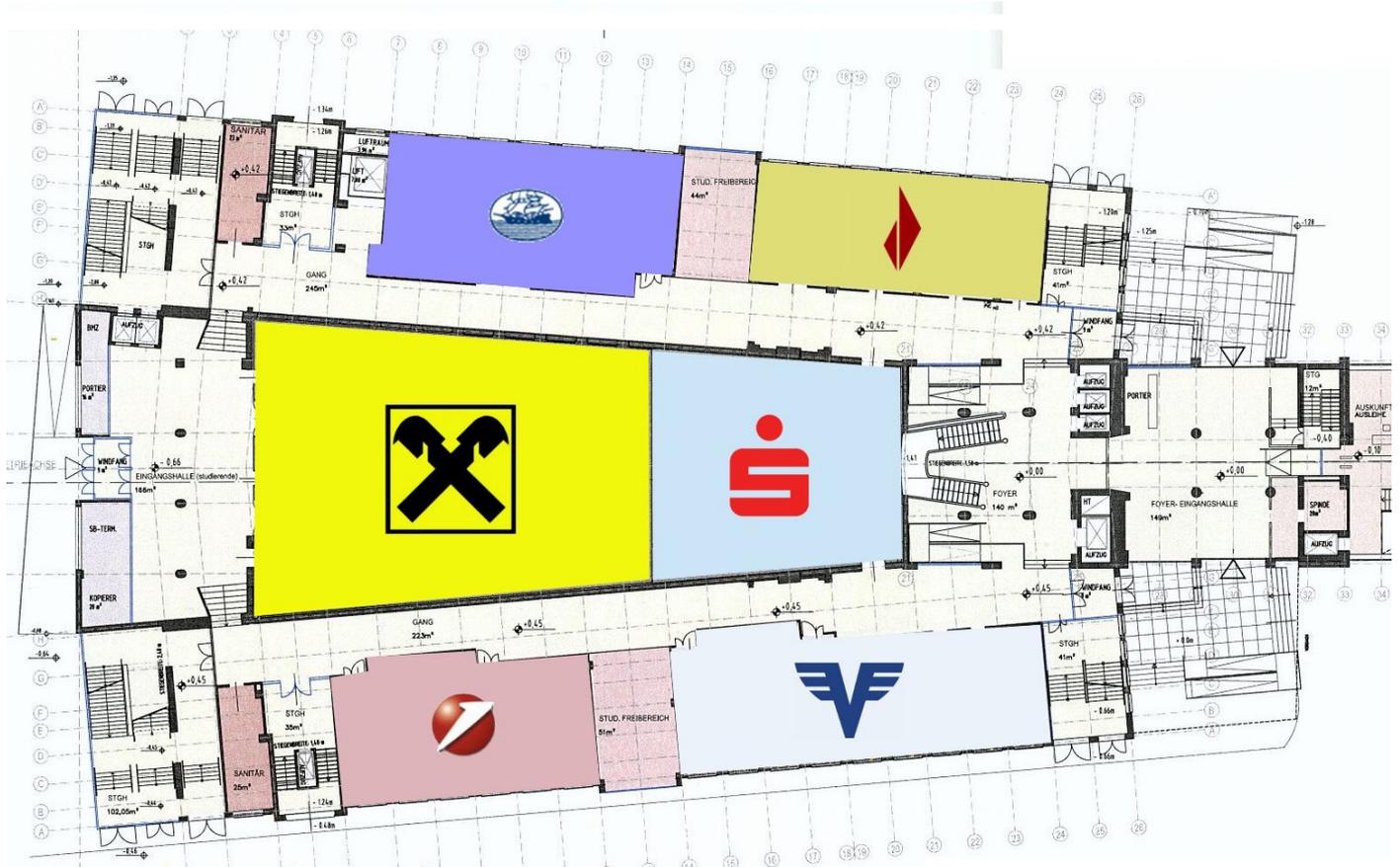


DER ROTE BÖRSENKRACH



Mehr Polemik!

Nachrichten aus Lehre, Wirtschaft und Gesellschaft
Zeitung der Basisgruppe Volkswirtschaft (RBK) - Juni 2011

Inhalt

Editorial und Impressum	2
Kurz integriert	3
Bubendummheiten im VWL-Studium	4
Nächste SOLV	6
Was heißt hier schon Gut-mensch?	7
Zur Lage der Mathematik in der Volkswirtschaftslehre	9
Mathematisch, mechanisch, männlich.	11
Eine ist nichts	13
<i>Economics as applied to Economics</i>	16
Schwester Helga	18
Elinor Ostrom Freiheit am Arbeitsmarkt	19
Der Untergang der Technokraten	27
Arbeitszeitverkürzung	27
Nominale Trägheit	30
Spiel von Rot und Börsenk-rach (Interview mit Prof. Rosner)	35

Liebe Menschen,

einige haben wahrscheinlich befürchtet, dass der RBK wie im letzten Anlauf nach einer Ausgabe wieder in wohlverdienten Winterschlaf verfällt, und erst wieder zu den nächsten Wahlen wiederbelebt wird. (Dass dies jemand gar gehofft haben könnte, ist uns unvorstellbar.) Doch solcherlei adaptive Erwartungen wurden enttäuscht!

Dieser RBK ist umfangreicher denn je. Auf knapp 40 Seiten sprechen wir vielerlei an. Wir widmen uns aktuellen Vorgängen am Institut, stellen die Selbstorganisierte Lehrveranstaltung des nächsten Semesters vor und nehmen uns gesamtgesellschaftliche Themen vor, von Betrachtungen des Arbeitsmarktes bis zur Zukunft des ägyptischen Umsturzes. Lese-material für die Sommerferien!

Im Interviewteil bringen wir dieses Mal ein Interview mit RBK-Mitbegründer Prof. Rosner. Dem Ruf nach mehr Polemik, der im Rahmen dieses Interviews geäußert wurde, versuchen wir nachzukommen.

Viel Spaß beim Lesen!

Euer RBK

An dieser Ausgabe wirkten mit:
Friedemann Brockmeyer, Ariane Griebel, Julia Gruber, Therese Guttmann, Marcel Jira, Makram Khalil, Ludwig List, Johannes Leutgeb, Allegra Pochtler, Stefan Pollinger, Philipp Poyntner, Eva Nicola Rinner, Christoph Scheuch, Stefan Weingärtner.

Impressum:
Der Rote Medieninhaber, Herausgeber und Verleger:
Johannes Leutgeb c./o. Studienvertretung Volkswirtschaft,
Dr. Karl Lueger Ring 1; 1010 Wien.
Eigenvervielfältigung

Kurz integriert

World Economic Forum

Das WEF (World Economic Forum) hat nicht umsonst denselben Anfangsbuchstaben wie der WKR (Wiener Korporationsring) – beides geht dem RBK aufs Gemüt. Das WEF hat die zweite Juniwoche in Wien stattgefunden und wirft mit Lügen um sich. So liest man folgende Selbstbeweihräucherung auf der Website: "The World Economic Forum is an independent international organization committed to improving the state of the world by engaging business, political, academic and other leaders of society to shape global, regional and industry agendas."

Wahrhaft lächerlich. Denn wer ist unabhängiger als der RBK? Kaum gibt es internationalere Gruppierungen (Bibliothekar Friedemann und Quotenschweizer Daniel sei Dank), politisch und akademisch sind wir sowieso Weltspitze. Als Basisgruppe der industrieökonomischen Elite-Uni Wien gestalten wir „industry agendas“ wie wenige andere. Global und regional (sowie bio und fair trade) sind wir selbstredend auch.

Aber: Ist der RBK unter höchster Ehrerbietung eingeladen worden? Nein! Höchst erbittert müssen wir Spindeleggerianische Englischer-güsse ertragen und fragen uns, ob das ganze a) ein Kasperltheater oder b) eine weltweite Verschwö-

rung ist (8.-9. Juni in Wien, dann gleich 9.-12. Juni in St. Moritz bei den Bilderbergern? Ein Zufall?). Solch ein Affront kann keinesfalls ungestraft bleiben. Der RBK zieht Konsequenzen und möchte sich ganz klar und offen vom WEF distanzieren.

VrauWL

Die VrauWL ist die Frauengruppe der VWL auf der Uni Wien. Seit 2004 bietet sie VWL Studentinnen und Absolventinnen die Möglichkeit, sich gegenseitig zu unterstützen und untereinander zu vernetzen. Wir treffen uns jeden Monat zu einem Jour-Fixe aber auch zu speziellen Aktivitäten wie z.B dem Lebenslauf-Coaching, einem Boxworkshop oder einer Podiumsdiskussion mit dem Namen "VrauWL's next Role-Model".

ÖH-Wahlen

Die Wahlen sind geschlagen! In der Wahl zur Studienvertretung VWL erhielten die Kandidat_innen der Basisgruppe summa summarum 776 Stimmen, während der Gegenkandidat 22 Stimmen bekam. Die Studienvertretungsagenden werden also weiterhin vom Bagru-Plenum wahrgenommen werden. Vielen Dank an alle Wähler!

Auf Universitätsebene konnten sich GRAS, VSSTÖ und KSV-Lili durchsetzen und eine linke Zwei-Drittel-Mehrheit in der Universitätsvertretung halten.

Wer sich genauer über das Wahlergebnis informieren will, kann dies auf der Seite der Wahlkommission der Uni Wien machen.¹

¹
<http://www.oeh.univie.ac.at/politik/oeh-wahlen-24-2652011/wahlkommission/>



Bubendummheiten im VWL-Studium

„Lausbubenstreiche“ und „Bubendummheiten“, erklärt das rechte Eck in Österreich gebetsmühlenartig, seien es, wenn junge Menschen, ob minder- oder volljährig, Nazisprüche klopfen. Doch was hat das mit dem VWL-Studium zu tun?

Wenn man mit Lehrenden über den Zustand der Lehre am Institut spricht, so kommt mit erschreckender Regelmäßigkeit das Gespräch auf den seltsamen Umgang einiger Student_innen mit dem Nationalsozialismus. Zumeist geht es dabei um die kreative Namensgebung bei Prüfungen: Unterschriften, die auf Joseph Goebbels, Der Führer, usw. usf. lauten, sind hier leider keine Seltenheit und werden von vielen Lehrenden berichtet. Aber bevor wir die Materie tiefergehend beleuchten, ist es vonnöten, die konkreten Fälle

und die Analyse dieser Fälle als Symptom des österreichischen Umgangs mit dem Nationalsozialismus zu trennen.

Bleiben wir zunächst bei den konkreten Fällen und gehen wir davon aus, dass sie im Grunde darauf abzielen, die betroffenen Lehrenden persönlich anzugreifen. Hier ist ganz klar festzuhalten, dass solcherlei anonyme Beschimpfungen an der Uni fehl am Platze sind. Die Universität sollte ein Raum des respektvollen Umgangs miteinander sein. Ein Institut kann nicht

funktionieren, wenn sich Lehrende ständig Beleidigungen aus unterer Schublade ausgesetzt sehen. Selbstverständlich ist ein respektvoller Umgangston nicht nur von den Studierenden, sondern auch von den Lehrenden einzufordern und zu leben. Natürlich: Es gibt an vielen Stellen im Institut Hierarchien und paternalistische Tendenzen. Dies beginnt bei den vorherrschenden Übungsmodalitäten, zieht sich über die Veränderung von Benotungsstrukturen ex-post bis in Curricularkommissionen, wo einem als Studierendenvertreter_in oft scharfer Wind entgegenschlägt: Den Studierenden sei nicht zu trauen, man müsse sie an die Hand nehmen und sie vor vollendete Tatsachen stellen.

Wir als RBK kämpfen gegen die Bevormundungstendenzen, die sich am Institut manifestieren. Primitive Aktionen, die den Lehrenden zu verstehen geben, dass ihnen Nazimethoden unterstellt werden, sind für solch ein Engagement kontraproduktiv. Das Misstrauen gegenüber der Studierendenschaft wächst, es entstehen „Die und Wir“-Positionen, welche sich nur schwierig überwinden lassen. Anstatt als Studierenden- und Lehrendenschaft gemeinsam an einem besseren Institut zu arbeiten, agieren beide Parteien gegeneinander.

Wie zuvor angesprochen, gibt es an unserem Institut so einiges, was im Argen liegt. Missstände lassen sich jedoch nur beheben, wenn man sie offen anspricht. Anonyme Nazivergleiche offenbaren nicht nur ein fehlendes Bewusstsein in Bezug auf den Nationalsozialismus, sondern auch eine Ignoranz gegenüber den existierenden Strukturen. So existieren Kanäle, um sich mit der Arbeit Lehrender kritisch auseinanderzusetzen:



Viele der Lehrenden an unserem Institut pflegen eine Politik der offenen Tür, und setzen sich mit den Beschwerden einzelner Studierender auseinander. Und wenn es hier Probleme geben sollte, bzw. wenn ein Studierender sich nicht tête-à-tête mit einem Lehrenden auseinander setzen will, so gibt es die Basisgruppe, die als Studierendenvertretung intervenieren kann und dies auch regelmäßig tut.

Doch abgesehen von der zweifelsohne wichtigen Beleidigungskomponente offenbaren solche Vorkommnisse symptomatisch den österreichischen Umgang mit der Vergangenheit. Dass die österreichische Gesellschaft sich erst spät mit dem eigenen Verhältnis zum Nationalsozialismus beschäftigt hat, ist allgemein bekannt. Die Ausrede von Österreich als erstem Opfer der Nazis wurde erst im Rahmen der Wald-



heimaffäre entmythisiert und die Aufarbeitung der Rolle von Österreichern während der Nazizeit begann erst im Laufe der 90er Jahre. Eine Entwicklung, die nie mit einer Verve durchgeführt wurde wie in

Deutschland, und in Österreich nie richtig abgeschlossen wurde. So sprechen Politiker zwar von Verantwortung und von Österreichern als Tätern – abgesehen von denjenigen Hans In, die am 8. Mai, dem Tag der Befreiung von der Nazidiktatur, „den Toten gedenken“ – aber in der Gesellschaft angekommen ist die Auseinandersetzung mit dem Nationalsozialismus nie.

Dieser Befund ist kein neuer, und das Bewusstsein der österreichischen Gesellschaft in Bezug auf ihre Vergangenheit ist hinlänglich bekannt. Es ist jedoch schockierend, dass solcherlei Umtriebe selbst an unserem Institut um sich greifen. Diese Art von Sprachgebrauch, die fehlende Auseinandersetzung mit der für ein demokratisches Österreich essentiellen Vergangenheit erahnen lässt, ist anzuprangern und zu verurteilen. Den Übeltätern sei der Klassiker unter den österreichischen Zitaten ans Herz gelegt: „Lernen S' a bisserl Geschichte.“



Nächste SOLV

Die nächste SOLV ist im Anmarsch: "Nachhaltigkeit – Schlagwort oder zukunftsfähiges Konzept?"

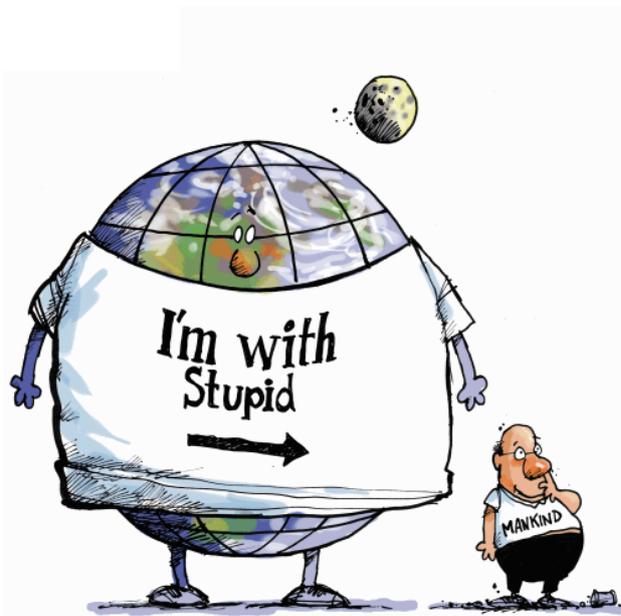
Es ist wieder soweit! Der RBK wird kommendes Wintersemester eine weitere spannende SOLV organisieren. Diesmal lautet das Thema "Nachhaltigkeit – Schlagwort oder zukunftsfähiges Konzept?". Ein kleiner Witz passend zum Thema: Treffen sich zwei Planeten. Sagt der eine: „Du siehst aber gar nicht gut aus!“ Der andere: „Ja ich weiß. Ich hab Homo sapiens!“ „Hatte ich auch mal, das geht vorbei!“ Super Witz, oder? Aber irgendwie vergeht einem dann doch das Lachen und man fängt an nachzudenken.

Nachhaltigkeit ist ein umfangreiches Thema, das angesichts der intensiv geführten Debatte über Ressourcenknappheit, Klimawandel, erneuerbare Energie etc., allen schon mal untergekommen ist. In der geplanten SOLV wollen wir einen Bogen von Umweltökonomie bis zur ökologischen Ökonomie spannen und uns mit dem Wachstumsparadigma kritisch auseinandersetzen. Das Besondere dabei ist, dass wir das Thema interdisziplinär anhand des

Drei-Säulen-Modells (sozial-kulturell, ökologisch und ökonomisch) bearbeiten. Dabei wollen wir bei aller Breite des Themas nicht nur an der Oberfläche kratzen, sondern durchaus auf praktikable Lösungsansätze hinarbeiten.

Es wird euch sicherlich interessieren, mit wem wir diese SOLV gestalten wollen. Besonders freuen wir uns als Schirmfrau Prof. Darnhofer gewonnen zu haben. Sie unterrichtet unter anderem Betriebswirtschaftslehre und Nachhaltigkeit an der BOKU Wien und hat neben ihrer fachlichen Kompetenz ein großes Renommee wegen ihren didaktischen Fähigkeiten erworben. Die BOKU Studierenden sind sogar so begeistert von ihr, dass sie ihr 2010 den BOKU Teaching Award verliehen haben.

Was die anderen Vortragenden betrifft, sind wir gerade mitten in der Planungsphase. Nur so viel dazu: Es werden spannende Leute dabei sein. In diesem Sinne freuen wir uns auf reges Interesse und hoffen, dass sich alle Teilnehmer_innen selbst ein Bild von Nachhaltigkeit machen. Am Schluss soll jede/r Studierende für sich beantworten können, ob Nachhaltigkeit nur ein Schlagwort oder doch ein zukunftsfähiges Konzept ist.



Was heißt hier schon Gutmensch?

Eine ökonomische Analyse der verschiedenen menschlichen Persönlichkeiten im VWL-Studium

Als Erstes analysieren wir den landläufig als Egoisten bezeichneten Typus. Er zeigt verschiedene Verhaltensauffälligkeiten, welche ihn schnell enttarnen. Fragt man ihn nach der Vorlesung nach seiner Mitschrift, erntet man nur ein müdes Lächeln. Nichts würde ihn dazu bringen, seinen zukünftigen Konkurrenten zu unterstützen. Die Zeiten am Arbeitsmarkt sind ja hart genug – einer weniger, umso besser. In Grundzüge der Volkswirtschaftslehre schreibt er gespannt mit. Eigentlich wusste er es schon immer. Er ist der Idealtypus Mensch, nach dem Generationen von Ökonomen verlangt haben. Der homo oeconomicus in seiner Reinform. Zielstrebig, nutzenmaximierend. Gesellschaft? What the fuck? Bleib mir fern mit diesen Begriffen aus Pseudowissenschaften. Doch schaut man genauer hin, so macht er fundamentale Fehler. Blindlings vergisst er positive Effekte sozialen Verhaltens. Spätestens in der Spieltheorie kriegt er Bauchweh. Langsam merkt er, dass es aus individueller Sicht ganz nützlich sein kann, wenn man sich auch mal eine Mitschrift kopieren darf. Doch für die anderen ist er abgeschrieben. Dass Lerngruppen einen vor dem Durchfallen bewahren können, hat er auch zu spät bemerkt. Der vermeintliche homo oeconomicus entpuppt sich als homo ganz schön blödu.

Etwas geschickter stellt sich da schon der sogenannte Schleimer an. Anfangs sehr beliebt, scheint er äußerst erfolgreich im Anhäufen von Sozialkapital. Kalt rechnet

er die Kosten, jemandem zum Bier einzuladen, gegen gesteigerte Chancen auf lukrative Arbeitsplätze auf. Doch spätestens, wenn er in der Vorlesung abgelaufene Cleverkeixe verteilt, während er selbst an der Lindt-Schoko knabbert, kommen die ersten Zweifel

auf. Irgendwann fragt man sich, warum er nur die Aufmerksamkeit attraktiver Menschen aus gutem Hause sucht. Langsam fliegt er auf. Wohl hat er das Prinzip des Nutzenmaximierens besser verstanden als Mr. Egoista, doch die Durchführung ist wenig perfektioniert. Bald schon verliert er jede Sympathie und rutscht dabei noch hinter den Egoisten.

Nun ist dieser schleimende Nutzenmaximierer ein Extremfall. Meist agiert mensch sehr viel ausgefuchster. Sehr viel perfider



DER GUTMENSCHEN-FRESSER

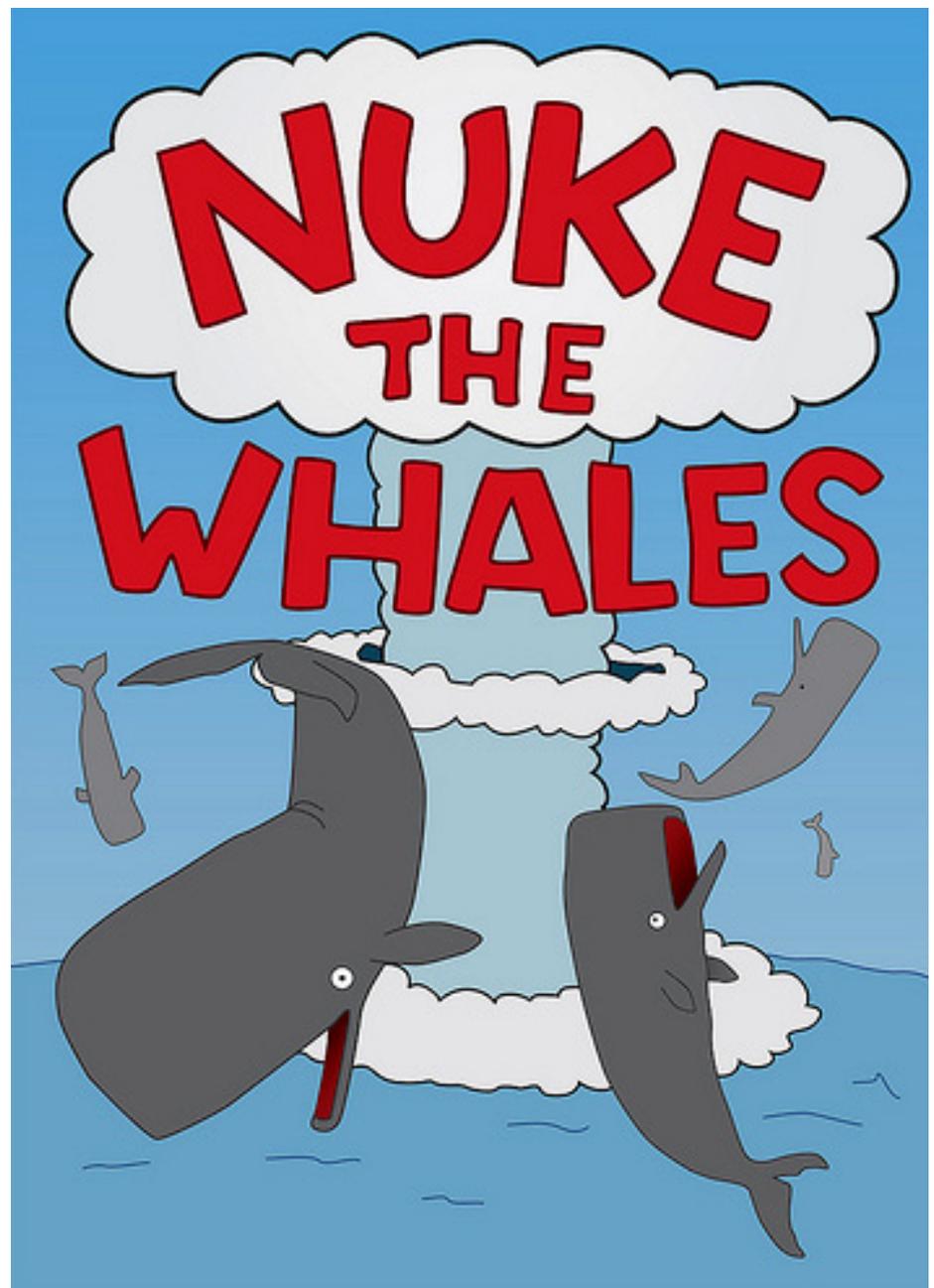
geht der nächste Typus vor, welchen ich hier den fortgeschrittenen Schleimer nennen will. Er ist zunächst offen für alle und betreibt seine Strategie mehr oder weniger perfekt. Seine Ziele unterscheiden sich nicht von denen des Schleimers. Tunlichst möchte er aber vermeiden, als solcher abgestempelt zu werden, weil dies ja am Ende das Ziel gefährdet, und alle aufgewendeten Kosten der jahrelangen Schleimerei versenkt. Wenn er die Keksdose auspackt, dürfen alle zulangen und seine Geburtstagsfeiern stehen allen offen, solange man sich an allgemein akzeptierte Verhaltensnormen hält. Gerne begibt er sich in gemischte Gesellschaft. Zwar wäre ihm das Umfeld des primitiven Schleimers auch lieber, doch das Risiko, abgestempelt zu werden, ist zu groß. Außerdem weiß man ja nie, was aus den Leuten alles werden kann. Ist ja auch egal, solange man nicht zu viel Zeit mit ihnen verschwendet. Je nachdem, wie gut er sein Spiel beherrscht, ist seine Enttarnung umso schwieriger. Doch irgendwann geschieht es doch. Und sei es, wenn auch der letzte Trottel in seine Keksdose greift, und er nur falsch mit der Wimper zuckt. Der vorgetäuschte Altruismus wird enttarnt, und all die Mühe war umsonst. Und man kann die ganzen Kosten nicht mal von der Steuer absetzen!

Der wohl perfideste und ausgefuchsteste Nutzenmaximierer ist jedoch der Gutmensch. Er ist der wahre homo oeconomicus. Seine Strategie ist perfekt. Der Altruismus ist noch viel ausgeprägter als beim fortgeschrittenen Schleimer, und er weiß selbst nicht, dass er ihn nur vortäuscht. Das Prinzip der Nutzenmaximierung hat er aus seinem Bewusstsein getilgt. So glauben nicht nur alle anderen an seine Gutmütigkeit, sondern sogar

er selbst. Geradezu genial! Seine Mitschrift haben hundert verschiedene Leute, und er will sie auch nicht zurück. Nicht einmal einen angespannten Blick erntet man dafür. Statt der trockenen Kekse verteilt er selbstgemachte Pizzette aus Bio-Dinkelteig. Auf seiner Geburtstagsparty kann man getrost in die Ecke kotzen, um dann als Alkoholische am Boden zurückzubleiben. Er wird dich waschen, dich in sein Bett legen und auch noch zudecken. Alle mögen ihn, und niemand würde auf die Idee kommen, dass sein Verhalten doch nur ein

einzig perfider, nutzenmaximierender Plan zur Anhäufung von wertvollem Humankapital ist. Nicht einmal er selbst.

Da wir nun alle möglichen menschlichen Verhaltenstypen analysiert haben, kommen wir nun zu der zwar radikalen, jedoch einzig richtigen Conclusio unserer Analyse: Tötet die Gutmenschen und fickt das System! Und wenn wir schon dabei sind, töten wir auch die Wale. Ich meine, wer außer den Gutmenschen mag die schon?



Zur Lage der Mathematik in der Volkswirtschaftslehre

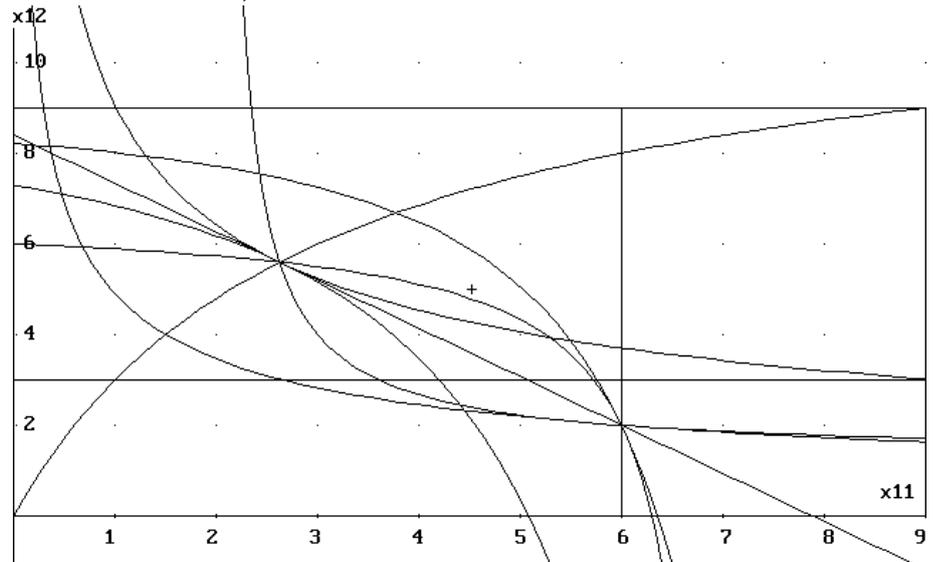
Erwartungen einer wirtschaftswissenschaftlichen Karriere werden, insbesondere in der auf Grund der letzten Finanzkrise nun immer populärer werdenden volkswirtschaftlichen Teildisziplin, leider allzu oft von mathematischen Modellen und deren zu Grunde liegenden Theorien erschlagen. So sind hin und wieder Stimmen zu hören, die die relativ starke mathematische Ausbildung insbesondere an der Universität Wien kritisieren und so einen Teil des obligatorischen Curriculums missbilligen. Um dieser Kritik einstweilen auszuweichen, springen wir zu den Anwendungsbereichen der Mathematik in der einstig sogenannten Nationalökonomie.

Kaum zu bestreiten ist die Nützlichkeit insbesondere der Wirtschaftsmathematik im weiteren, nicht rein betriebswirtschaftlichem, Sinne: Also in der Anwendung mathematischer und stochastischer Methoden, um auf wirtschaftliche Fragestellungen in den Bereichen Mikro- und Makroökonomie, also mittels Ökonometrie, Antworten zu finden. Im Bereich der quantitativen Analyse gewisser ökonomischer Beobachtungen wird die Brauchbarkeit wohl kaum jemand bestreiten. Doch der zweite Aspekt, die qualitative Untersuchung von zuvor definierten wirtschaftlichen Prozessen stößt wohl manchen als Problem auf.

Nun haben wir den Punkt erreicht, der die Verzweigungen verursacht. Warum überhaupt die mathematischen Modelle zur Erklärung realer Phänomene? Wieso sollten sich wirtschaftliche Phänomene, eingebettet in sozialen Strukturen, in Gleichungen stampfen lassen?

Um die Beantwortung dieser Frage zu umgehen, zuerst ein kleiner historischer Umriss.

Einer der Vorreiter der Modellbildung und Mathematisierung der Ökonomie¹ war der Franzose Léon Walras, der versuchte die herrschende klassische Lehre – Smith, Ricardo, Mill, nur um klingende Namen zu nennen – in einer allgemeinen mathematischen Gleichgewichtstheorie festzumachen. Er stützt sich dabei aber auch auf Konzepte wie Angebots- und Nachfragekurven bzw. Nutzenfunktionen, die bereits von



Cournot, Dupuit und Bernoulli, die teilweise nicht in erster Linie mit der Ökonomie assoziiert werden. Der auf Grund seines Effizienzkriteriums bekannte Vilfredo Pareto führte die so genannte von Walras gegründete Lausanner Schule weiter und trug maßgeblich zur Entwicklung der Allgemei-

1 Als Quelle wurde Leontief, W. (1954) Mathematics in economics zu Rate gezogen. Auch wenn der Text etwas antiquiert wirkt, steht der Autor sympathischerweise dieser Entwicklung skeptisch gegenüber.

nen Gleichgewichtstheorie bei. Ökonomisches Verhalten wurde somit insbesondere im Bereich der Mikroökonomie auf Axiome begründet, die das Erkenntnisobjekt der so genannten klassischen Ökonomie ausmachen: der homo oeconomicus, der nutzenmaximierende Agent.

Ein mathematisches Modell des Menschen also, das in einer Welt voller Gleichgesinnter agiert, tauscht und lebt. Aktuellere Weiterentwicklungen in der Mikroökonomie oder auch Spieltheorie, basieren vor allem im Mainstreambereich² der Wirtschaftswissenschaft ebenfalls auf Erweiterungen von diesem in sich so schön logischem Konstrukt. Im 20. Jahr-

hundert hielt die Mathematik auch in Bereich der Makroökonomie Einzug, die zunehmend mikrofundiert wurde, also auch auf einem repräsentativen Akteur beruht. Zusätzlich entstand in der makroökonomischen Forschung ebenfalls eine neue Dynamik, die komplexere mathematische Methoden

2 Inwieweit der Begriff Neoklassik noch verwendet werden soll, um die Mainstreamökonomie zu bezeichnen, bestreiten manche Historiker. Vgl. Colander, D. (2002). The Death of Neoclassical Economics.

in die Gleichgewichtsanalysen integrierte. Mit dieser Entwicklung – unter Mithilfe von wenigen Mathematikern und Physikern, die in den Teilbereichen der Ökonomie publizierten – eigener Konzepte und Modelle differenzierte sich die Volkswirtschaftslehre, die ehemals als Teilaspekt der Soziologie betrachtete wurde, zusehends von ihren sozialwissenschaftlichen und versuchte sich an naturwissenschaftlichen Schwesterwissenschaften anzunähern.

Zusammenfassend trugen also die mathematischen Methoden dem Entstehungsprozess des Forschungsbereiches, der heute als Volkswirtschaftslehre gelehrt und bezeichnet wird, bei. Der ökonomische Mainstream in dieser Wissenschaft basiert auf stark formal fundierten Modellen über unser wirtschaftliches Zusammenleben. Hauptkritikpunkt bleibt also, warum soziale Prozesse überhaupt mathematischen Axiomen folgen sollten. Die Einführung von Modellen und deren Annahmen soll insbesondere helfen, wesentliche Eigenschaften des Wirtschaftssystems mit Hilfe derartiger Spielzeugmodelle zu analysieren. Eine gesunde skeptische Einstellung gegenüber diesen Modellen kann man also niemandem verwehren, denn wir sind beispielsweise nun mal keine *homines economici*, sondern folgen höchst unterschiedlichen Motivationen. Die Kritik der Mathematisierung rein an der Neoklassischen Lehre festzumachen wäre insofern auch ungerecht, da durchaus auch heutige heterodoxe Ökonomen mit Modellen arbeiten, jedoch mit differenzierter Herangehensweise. Da manche Mainstreamforscher hauptsächlich untersuchen, wie man etwas modelliert, kann dies gefährlicher Weise dazu führen, dass die so auf Annahmen zusam-

mengeschnittenen Modelle derart von den eigentlich zu untersuchenden Phänomenen abstrahiert werden und zu falschen Implikationen für die Realität führen, da man beispielsweise zu sehr damit beschäftigt ist, das Gleichgewicht im Modell zu finden. Die sogenannte Heterodoxie versucht teilweise hingegen zu untersuchen, was überhaupt modelliert werden kann, wobei die ökonomische Argumentation und nicht das Modell per se hier immer noch im Vordergrund stehen soll.



Also, zugegebenermaßen beruhen die Modelle zeitweise auf höchst unrealistischen Annahmen. Ebendiese bieten aber gleichzeitig ein einheitliche und weit verbreitete und verständliche Diskussionsbasis auf wissenschaftlicher Ebene mit Konzepten, die jedem bekannt oder zumindest relativ leicht ersichtlich sind. Die Mathematik hilft hier also insofern, als dass sie es erlaubt, manche Mechanismen klar und ersichtlich

zur Diskussion zu stellen. Problematisch ist es dann, wenn aber dieser Diskurs über die Sinnhaftigkeit und Richtigkeit der Modelle nicht stattfindet oder ausgeblendet wird und sich so eine herrschende Lehrmeinung, in der die dominierende Modellwelt womöglich im starken Kontrast zur Realität steht, selbst am Thron hält. Schon Lord Keynes bezeichnete die Trends der mathematischen Ökonomie seiner Zeit abwertend als „mere concoctions“ („bloße Kreationen“), da die Gefahr bestünde sich eben in diesen Modellen derart zu verlieren, so dass die tatsächlichen Komplexitäten der realen Welt hinten angestellt werden. Eben dieser Gefahr darf die ökonomische Analyse nicht auf Grund der mathematischen Einfachheit geopfert werden.

Die Mathematik in der Volkswirtschaftslehre hat also durchaus ihre Berechtigung zur vereinfachten Darstellung ökonomischer Argumente. Die Anwendung der mathematischen Sprache kann hier eben helfen Debatten prägnanter und durchsichtiger zu machen. Bloß sollte der eigentliche Fokus – die Realität – auf Grund der Schönheit dieser Sprache nicht zur Gänze aus den Augen verloren werden. Eine weitere große Gefahr in der Wissenschaft besteht aber auch darin, dass Arbeiten oder Theorien, die nicht mathematisch fundiert sind, nicht akzeptiert werden, womit sie sich wahrscheinlich längerfristig ins eigene Fleisch schneidet. Um vielleicht aber dennoch als kritische_r Studierende_r der sehr dominanten Mathematisierung und aussichtslosen Abstraktion zu widerstehen, eignet sich womöglich ein Credo von einem neuen Professor, Jean-Robert Tyran: „Verstehen, aber nicht glauben.“ Schlussendlich ist die Welt kein Modell.

Mathematisch, mechanistisch, männlich.

Es gibt zwei verwandte Fragen, über die sich der RBK in den Plena oftmals den Kopf zermartern konnte und deren Lösungen dennoch nicht greifbarer werden wollten: Warum studieren so wenige Menschen weiblichen Geschlechts VWL und warum ist der Anteil der Studienabbrecherinnen wesentlich höher als der der Studienabbrecher? Um eine solide Grundlage für eine Beantwortung dieser Fragen zu finden, ist ein kurzer Exkurs in die Wissenschaftsgeschichte nötig.

René Descartes war es, der vor rund 400 Jahren eine Wissenschaftsphilosophie begründete, die heute vorherrschend ist.

„Dem Ansatz des Erkenntnisfundamentalismus zufolge bestehen Wissen und Wissenschaft aus einzelnen, kettenartig miteinander verknüpften Wissenselementen. Von fundamentalen, selbst-evidenten Axiomen¹ werden alle weiteren Aussagen abgeleitet, deren Wahrheitsanspruch wiederum aus Basisaxiomen gründet.“ (Hoppe 2002: 32f)

Im 17. Jahrhundert wurde der axiomatisch-deduktive Ansatz in die Wissenschaft übernommen, auf die der französische Philosoph Descartes starken Einfluss genommen hat. Descartes meinte, dass es eine göttliche Voraussetzung gibt, die nur mit dem Geist, dem Verstand begriffen werden kann. „Ich denke also bin ich“. Er

1 Axiome sind lt. Euklid Gegebenheiten, die es gibt und nicht bewiesen werden müssen, zB „Things equal to the same thing are also equal to one another.“ (O’Connor & Robertson 1999)
Mathematisch: $a=b$ und $b=c \Rightarrow a=c$

war der Meinung, dass

„(...) Erkenntnisse über die Welt nur mit Hilfe des menschlichen Verstands gewonnen werden, indem der individuelle Geist mit Hilfe der Mathematik deduktiv nach grundlegenden Axiomen sucht, auf die weiteres Wissen aufgebaut wird.“ (Hoppe 2002: 33)²

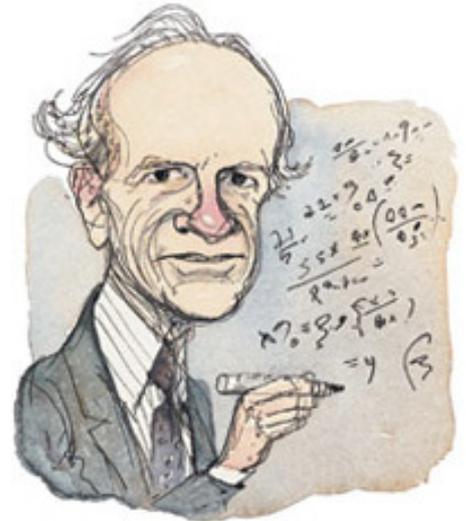
Wo in der Ökonomie formalisiert gearbeitet wird, sind Axiome zu finden: Das Rationalverhalten und die Nutzenmaximierung beispielsweise. Durch diese beiden Annahmen wird es bekanntlich erst möglich, die mikroökonomischen Modelle aufzustellen, die wir verwenden. Somit kann das Verhalten von Menschen bzw. Haushalten mathematisch berechnet werden.³ Für Descartes war der Mensch, alle Vorgänge, die Welt, ein mechanischer Prozess, vergleichbar mit einem Uhrwerk.⁴ Heute noch gelten Metaphern aus der Mechanik in der Ökonomie.

2 In späterer Folge äußerte sich Laplace, dass alle Vorgänge in der Welt mathematisch berechnet werden können, wenn nur die Daten zur Verfügung stehen würden. (vgl. Hoppe 2002: 34)

3 In Folge sei lt. Gary Becker der Haushalt ein Ort der Nutzenmaximierung. Becker stellte fest, dass eine Arbeitsteilung im Haushalt effektiv sei; Frauen hätten einen komparativen Vorteil zur Hausarbeit, so Becker.

4 Metaphern spielen eine wichtige Rolle, denn sie führen in der Wissenschaft zu neuer Erkenntnis und übertragen zugleich ein Wertesystem. Durch den oftmaligen Gebrauch von Metaphern kann es passieren, „daß aufgrund des Gewöhnungseffekts ihre ursprüngliche bildhafte Bedeutung verlorengeht“ (Hoppe 2002: 43). (Bsp. Human- Sozialkapital – Ökonomisierung des Alltags.)

Der Wirtschafts-„Kreislauf“ führe zu einem immer höheren Output (Perpetuum Mobile), es entstehen „Gleichgewichte“.



Dieser erkenntnistheoretische Ansatz spielte vor Descartes eine untergeordnete Rolle. Im Mittelalter und in der frühen Neuzeit war ein anderes Weltbild dominant, welches heute als unwissenschaftlich angesehen wird. Das organistische Weltbild sieht die Welt als Ort der vielseitigen, gegenseitigen Abhängigkeit von organischen Körpern. Alles ist schlussendlich mehr als die Summe der einzelnen Teile. Auch heute finden wir noch Metaphern aus dieser Zeit, die kaum mehr bewusst angewendet werden (zB „Erzader“). Mit der Entstehung der cartesianischen Wissenschaft (klassischer Rationalismus) wurde das organistische Weltbild verdrängt, und die Stellung der Frauen, die als Trägerinnen dieses galten, in der Gesellschaft abgewertet. Mit dessen Durchsetzung verschwanden Frauen aus dem wissenschaftlichen und öffentlichen Leben. Die „Hexenverfolgung“ feierte zu dieser Zeit ihren Höhepunkt. Es entstanden sexistische Gleichnisse, die auf Natur und Frau glei-

chermaßen angewendet werden. Durch das Verbannen der Frau in das Private und die Abwertung des als weiblich geltenden organisatorischen Prinzips wurden Frauen aus dem gesamten wissenschaftlichen Produktionsprozess ausgeschlossen. Die in den letzten Jahrhunderten entstandenen Wissenschaften wurden nach dem

Konzept von Descartes gegründet. Frauen wurden explizit bei der Gestaltung nicht miteinbezogen.

Schaut man sich im Hörsaal um, erkennt man sofort die klare Dominanz der Männer. Frauen sind keineswegs unterprivilegiertes als ihre Kollegen, doch gilt diese Disziplin aufgrund der mathema-

tisch-theoretischen Grundlage als männlich. Spätestens im dritten Semester fällt der Anteil der Frauen im Studium.

Was kann getan werden? Zu aller erst muss die männliche Dominanz in der Ökonomie abgebaut werden, Quotenregelungen sind der erste Schritt dazu. Die Frauenquote bei Lehrenden spielt eine wesentliche Rolle, um die Quote der weiblichen Studierenden zu erhöhen. Die Universität Wien weist in VWL bloß eine einzige weibliche Professur auf. Doch ist auch zu hinterfragen, ob die unkritische Auseinandersetzung mit der Mainstream-Ökonomie nicht selbst diskriminierend wirkt. Des Weiteren kann die bewusste Anwendung von alternativen Metaphern den Tunnelblick in der Ökonomie erweitern.

Quellen:

Hoppe, Hella: Feministische Ökonomie. Edition sigma 2002.

Korzilius, Jürgen: Euklidische Geometrie. 2001. http://www.uni-kl.de/AG-Leopold/Archiv/Wpfl_SS01/perspektive_virtueller_raum/gruppe1_schritt1.htm [letzter Zugriff: 25.12.2008]

O'Connor, John & Robertson, Edmund: Euclid Summary. 1999. <http://www-history.mcs.st-and.ac.uk/history/Mathematicians/Euclid.html> [letzter Zugriff: 25.12.2008]



Eine ist nichts

Als marktgeschulten Ökonom_innen ist uns allzu gut bewusst: Das Hauptaugenmerk von liberaler, menschenorientierter Wirtschaftspolitik muss es sein, freien Wettbewerb auf freien Märkten zu garantieren. Denn nur eine solche Politik kann freie, selbstbestimmte Menschen garantieren. Umso schockierter sind wir, dass gerade die Fakultät für Wirtschaftswissenschaften sich in illiberaler Politik ergeht.

Wenn das Ziel einer liberalen Wirtschaftspolitik der freie Wettbewerb ist, so muss, um Kartelle zu vermeiden, garantiert werden, dass genügend Wettbewerber_innen miteinander konkurrieren. Diese Binsenweisheit kann am treffendsten mit einem Zitat von Selten (1973) beschrieben werden: „4 are few, 6 are many“. Selten analysierte spieltheoretisch das Verhalten von Marktteilnehmer_innen, die die Möglichkeit haben ein Kartell zu bilden. Im Rahmen dessen gelangte er zur Conclusio, dass bei

bis zu vier Wettbewerber_innen es zumeist zu einem Kartell käme, während bei mehr als 5 Mitbewerber_innen Kartellverhalten instabil wäre und daher nicht mehr vorkommen würde. Die spieltheoretische Vorhersage, dass eine größere Anzahl von Mitbewerber_innen zu höherem Wettbewerb führe, konnte auch von Seiten der experimentellen Ökonomie bestätigt werden.

Huck et al. (2004) simulierten Märkte mit verschiedenen vielen

Anbieter_innen. Wie der Grafik zu entnehmen ist, steigt mit der Anzahl der Konkurrent_innen, die in einem Cournot-Mengen-Wettbewerb zueinander stehen, die durchschnittlich angebotene Menge. Weiters zeigt sich, dass bei einer Anzahl von 5 Firmen bereits mehr angeboten wird, als das Nash-Gleichgewicht vorhersagen würde. Dies kann interpretiert werden, als dass bei steigender Anzahl der Anbieter_innen es zu weniger Kollusion und mehr Wettbewerb kommt.

Im Lichte dieser Zusammenhänge ist der Umzug der Fakultät in das neue Gebäude am Donaukanal sehr kritisch zu sehen. Im Rahmen der Zusammenlegung von VWL, BWL, Statistik und Mathematik soll im alten PVA-Gebäude in der Rossauer Lände 3 ein neues Uni-

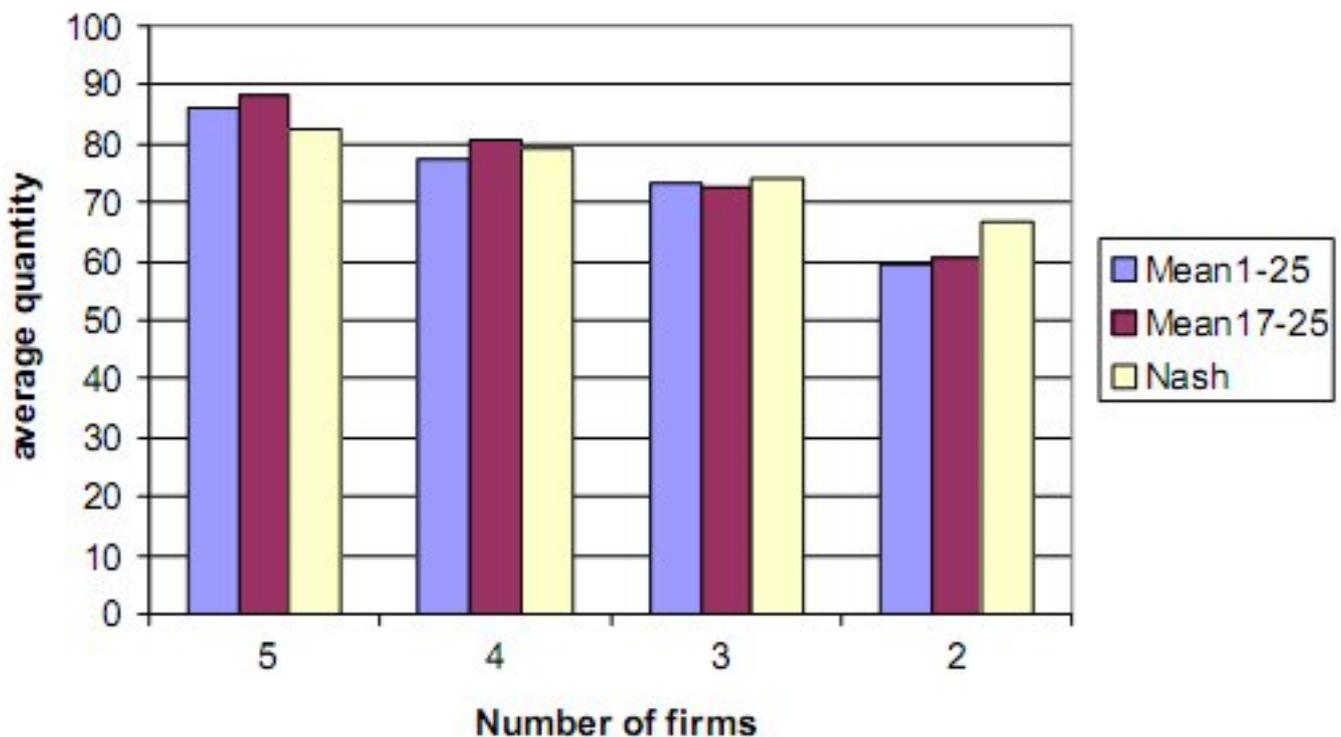


Fig. 1. Predictions and average quantities in rounds 1–25 and 17–25.

Abbildung 1: Angebotene Menge in Abhängigkeit der Anzahl der am Markt partizipierenden Firmen.
Quelle: Huck et al. (2004)

versitätsgebäude entstehen, welches ein SB-Terminal, sowie eine Bankfiliale einer einzigen Bank beherbergen wird. Dies lässt eine/n verwundert feststellen: Die WettbewerbsökonomInnen [sic!] scheinen hier geschlafen zu haben! Ein Bankenmonopol im neuen Fakultätsgebäude zu schaffen muss als fahrlässigste Wettbewerbspolitik gesehen werden. Ist man Anhänger der zu Beginn skizzierten liberalen Sicht der Dinge, so muss man versucht zu sagen: Dies bedeutet praktisch eine Versklavung der Fakultätsangehörigen, Studierender wie Lehrender.

Nun mag man einwenden, eine Analyse wie diese hier treffe nicht den Kern der Sache, da es sehr wohl zu einem Wettbewerb gekommen sei, nämlich zu einem Wettbewerb um den Markt. Und aus diesem Wettbewerb sei eben der jetzige Sieger hervorgegangen, weshalb die ganze Aufregung hinfällig wäre. In Zeiten von Buvog und Eurofighter darf man als

gelernte/r Österreicher_in die Idee eines regulär abgelaufenen Wettbewerbs um den Markt der Bankfiliale im neuen Fakultätsgebäude zumindest bezweifeln, wenn nicht rundweg verwerfen.

Des Weiteren ist die mögliche Fehlallokation von Humankapital, welche durch die Monopolstellung einer einzigen Bank ausgelöst wird, zu thematisieren. Die Marktkontrolle, welche durch eine einzige Bank ausgeübt wird, hat zur Folge, dass diese Bank nahezu exklusiven Zugriff auf das Humankapital der das Studium abschließenden Studierenden hat. Zugegebenermaßen betrifft dies vor allem Betriebswirt_innen, doch unsere Bedenken sind nicht von primitiver Antipathie den Betriebswirt_innen gegenüber getrieben. Nein, selbst unter der Prämisse, dass wir unseren Freund_innen von der Betriebswirtschaft positiv eingestellt sind und dass wir uns über jeden Job freuen, den ihrerseits bekommt, ist diese Entwick-

lung abzulehnen. Denn dies würde zu einer extremen Schiefelage im österreichischen Bankensektor in Bezug auf die Verteilung des Humankapitals führen. Dies wiederum könnte zu einer Bankenkrise führen, die nicht einmal unsere Atlas von Österreich, Finanzministerin Fekter zu schultern vermag.

Daher muss klar sein: Eine rigorose Restrukturierung der Raumaufteilung hat stattzufinden. Die Präferenzordnungen sind klar: Dem Wettbewerb der Banken ist sowohl im Sinne einer liberalen Wirtschaftspolitik als auch einer krisenpräventiven Politik höchste Priorität einzuräumen. Hörsäle oder Arbeitsflächen von Lehrenden sind hier hintanzustellen. Dementsprechend sind Hörsäle einzusparen, Seminarräume zu minimieren und Büroräumlichkeiten zu verkleinern. Im Sinne einer Erziehungsmaßnahme schlagen wir hierbei vor, vorzugsweise die Arbeitsflächen der WettbewerbsökonomInnen [sic!] einzusparen – die Verantwortung, auf wettbewerbsfreundliche Strukturen zu achten, lag ganz klar bei ihnen. Auf Basis dieser allgemein nachvollziehbaren und herleitbaren Schlussfolgerungen präsentieren wir in der folgenden Raumaufteilung unsere Vorstellung einer modernen Fakultät für Wirtschaftswissenschaften, die ihre theoretischen Kenntnisse in die Praxis umzusetzen versucht.

Siehe:

Selten, R.: A simple model of imperfect competition, where 4 are few and 6 are many, *International Journal of Game Theory* Vol. 2 (1), 141-201, 1973.

Huck, S., Norman, H., Oechssler, J.: Two are few and four are many, *Journal of Economic Behavior & Organization* Vol. 53, 435-446, 2004.



Economics

as applied to Economics

Interdisziplinarität à la VWL

Andere Wissenschaften kennen sich in ihren Fachbereich einmischende ÖkonomInnen seit Langem. Die ÖkonomInnen nennen es Interdisziplinarität, vor allem die SozialwissenschaftlerInnen Ökonomischen Imperialismus. Praktisch läuft es darauf hinaus, dass die ökonomische Methode über jeden erdenklichen Bereich der Wissenschaft gestülpt wird. Dies trägt Blüten wie Angebots- und Nachfragekurven auf Heiratsmärkten, die Erklärung der chinesischen Stagnation seit dem 18. Jahrhundert durch ein principal-agent-Modell oder Revolutionen als Ergebnis individueller Kosten-Nutzen-Rechnungen. Solche Auswüchse sind möglich, weil

ÖkonomInnen sich als neutrale, exzentrierte Beobachter sehen. Man analysiert sine ira et studio mithilfe der ökonomischen Methode ganze Wissenschaftszweige und erklärt nebenbei noch anderen WissenschaftlerInnen, wie ihre Wissenschaft funktioniert, bzw. zu funktionieren hat.

Paradigma und Koordination

Da dies zumindest eine unterhaltensame Übung darstellt, wollen wir als brave ÖkonomInnen diesen Ansatz verfolgen. Doch diesmal soll das zu untersuchende Ziel nicht einem anderen Fachbereich entspringen: Heute lassen wir uns die Ökonomie selbst vornehmen! Konkret wollen wir uns mit

evolutionärer Spieltheorie, angewandt auf die neuere Wissenschaftsgeschichte der Ökonomie befassen. Ansatzpunkt unserer Überlegungen soll ein wissenschaftstheoretisches Modell à la Kuhn bilden. Der Problemlösungsbetrieb in einer wissenschaftlichen Fachrichtung läuft mittels Paradigmen ab, die als methodische Grundlagen und Problemlösungsansätze in der Fachrichtung den Grundstein für die Forschung legen. Über ein geltendes Paradigma herrscht Konsens in der wissenschaftlichen Gemeinschaft, und es kann nur durch radikale und prolongierte Erklärungsdefizite erschüttert werden.

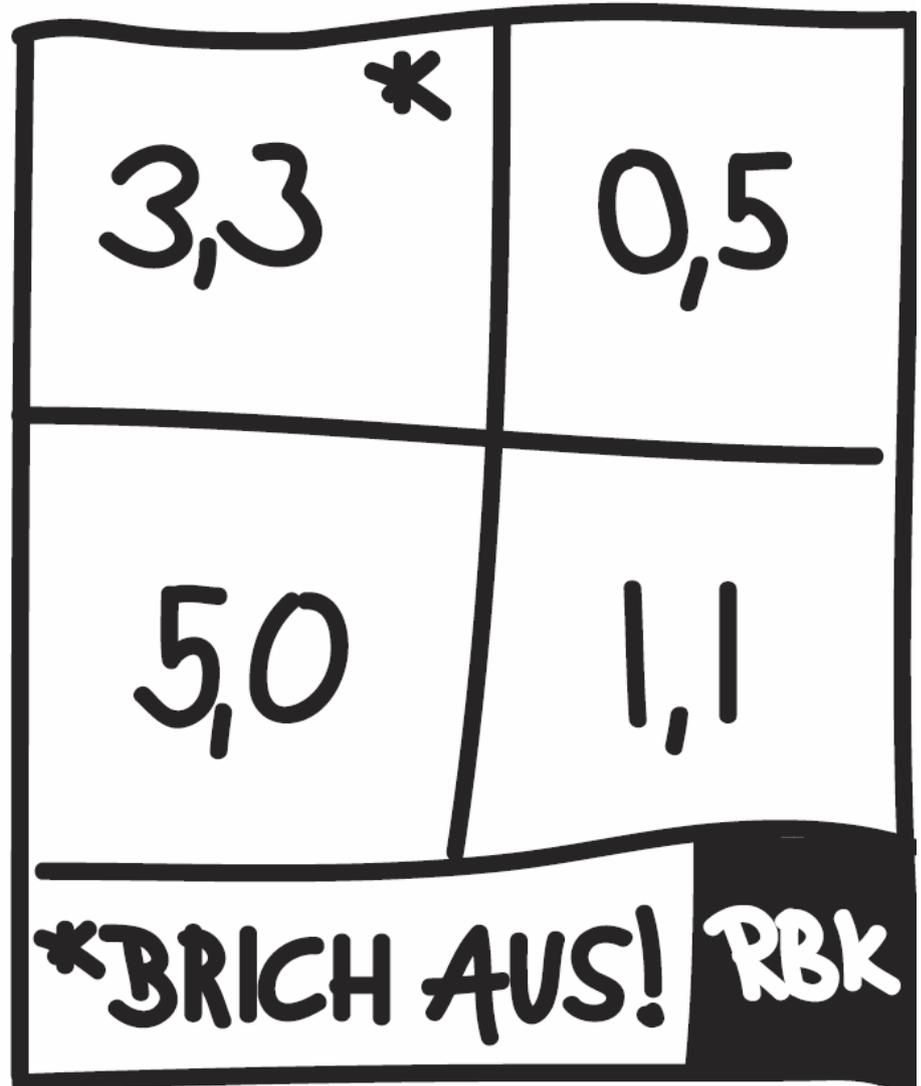
Wie aber kann ein Paradigma stabil bleiben? Warum koordinieren WissenschaftlerInnen auf ein Paradigma und verfolgen nicht abseits von paradigmatischen Einbahnen alternative Ansätze? Die evolutionäre Spieltheorie bietet hierfür einen Erklärungsansatz. Gehen wir davon aus, dass die WissenschaftlerInnen nach akademischem Ansehen streben, und dieses sowohl davon abhängt, wie gut ihr wissenschaftlicher Ansatz funktioniert, als auch davon, wie viele andere ihn teilen. Mittels Koordinationshilfen und Selektionsmechanismen koordinieren die WissenschaftlerInnen auf einen Ansatz, der sich zu einem Paradigma entwickelt. Dieses Paradigma muss jeder teilen, um als WissenschaftlerIn akzeptiert zu werden. Wir befinden uns im lock-in.

Sind wir im lock-in?

Betrachten wir nun die ökonomische Landschaft unter besonderer Berücksichtigung Wiens. Der Ansatz der auf effizienten Märkten rational, intertemporal und zeitkonsistent optimierenden Individuen ist bestimmend für den Wissenschaftsbetrieb. Mittels



peer-review als Koordinationshilfe reproduzieren anerkannte Journals anerkannte ÖkonomInnen mit anerkannten Lehrmeinungen. Umstrittene, heterodoxe Ansätze werden nicht publiziert. Basierend auf peer-review und dem journal-impact-Faktor der Journals, in denen er/sie publiziert, hat jede/r ÖkonomIn einen Platz in einem Ranking, welches wiederum als "neutrales" Messinstrument u.a. für universitäre Stellenbesetzungen dient. Da der informelle Ruf eines/r WissenschaftlerIn darüberhinaus vom Ranking seiner Institution abhängt, welches sich wiederum aus den individuellen Rankings seiner Mitglieder errechnet, hat jede/r ÖkonomIn darüber hinaus den Anreiz, andere ÖkonomInnen mit hohem Ranking als KollegInnen zu haben. Wohin das führt, zeigt sich in Wien an beiden VWL lehrenden Universitäten: An der Universität Wien verkommt die Besetzung der Professur für Entwicklungsökonomie zu einem Ranking-Wettbewerb, während an der Wirtschaftsuniversität eifrig am Lehrstuhl für heterodoxe Ökonomie gesägt wird.



Wie ausbrechen?

Ausbrechen, das ist leichter gesagt als getan. Schließlich ist es sowohl vom individuellen Standpunkt der Wissenschaftler als auch vom Standpunkt der Universität gesehen rational, mit dem Strom zu schwimmen. Wenn man falsch liegt, dann liegt wenigstens auch der Rest des wissenschaftlichen Betriebs falsch. Keynes brachte dies auf den Punkt: "Worldly wisdom teaches that it is better for reputation to fail conventionally than to succeed unconventionally." Die entscheidende Frage hier ist jedoch, als was wir die Universität sehen. Ist die Universität Summe ihrer nutzenmaximierenden Tei-

le, die als Ausbildungsstätte und Wissenschaftsunternehmen am akademischen Markt Anteile gewinnen zu hat? Oder ist die Universität als Hort der Wissenschaft nicht der freien Forschung, der Pluralität der Ansätze verpflichtet?

Es ist klar, dass die Forderung nach einer kompletten methodologischen Neuausrichtung des Instituts vermessen wäre. Was jedoch vonnöten ist, ist eine intellektuelle Neuausrichtung des Instituts. Es muss ein intellektuelles Interesse herrschen, an einer Universität ein Abbild der vielseitigen ökonomischen Ansätze zu bieten. In diesem Sinne ist es an der Zeit, heterodoxe Ansätze im Rahmen einer regulären, regelmäßig stattfinden-

den Lehrveranstaltung anzubieten. Denn mit dem Argument "man kann auch einmal ein Buch lesen" die Bildung aus der Universität auf die StudentInnen auszulagern, ist fahrlässig und falsch. Heterodoxe Ideen dürfen nicht mehr unter ferneren liefern rangieren, sondern müssen eine prominente Rolle in Form eines Lehrauftrags am Institut für VWL einnehmen. Dass von Seiten der StudentInnen daran Interesse herrscht, hat sich im Rahmen der letzten Selbstorganisierten Lehrveranstaltungen gezeigt. Nun ist es an der Zeit, dass das Institut darauf reagiert.

Schwester Helga - Du maximierst mein Glück

Ökonomische Fachliteratur: Zu wenig anschaulich, zu trocken - Unterhaltungsliteratur: leichtes Lesevergnügen ja, aber muss es auch leicht sein?

Der deutsche Volkswirt Thomas Hönscheid versucht mit „Schwester Helga“ das Beste aus beiden Welten zu vereinen: Einen kurzer, prägnanter Überblick über die Mikroökonomie und die Suche und das Finden der ganz großen Liebe in bester Groschenromanmanier.

Die Heldin, Schwester Helga, ist jung, naiv, idealistisch, körperlich brünett und geistig „blond“. Ihr Angebeteter, Chefarzt Dr. Robert Sanden, ist ebenfalls jung, ehrgeizig, dynamisch, körperlich großgewachsen und geistig großkotzig. Seine Leidenschaft gilt nicht etwa nur der reizenden Schwester

Helga, nein, es ist die – auch als Allegorie auftretende - Mikroökonomie, die ihn begeistert. Wer wird im Kampf um sein Herz letztendlich siegen?

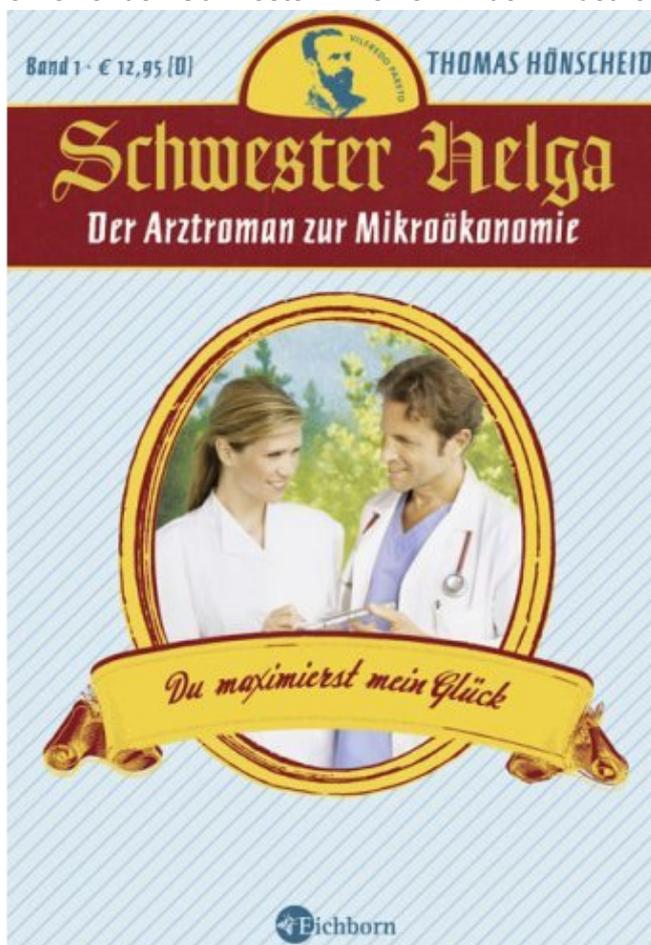
Was sich so viel versprechend anlässt, enttäuscht leider über weite Strecken: Die versuchte Verzahnung der verschiedenen Ansprüche gelingt Hönscheid nicht. Zwischen der eigentlichen Romanhandlung holen die Figuren immer wieder zu kurzen Monologen über die Preistheorie aus, Diagramme werden auf Haut gezeichnet, in Landschaften integriert und mit kleinen Bildern illustriert. Zur Auf-

frischung von Mikro-Kenntnissen sind diese Ausführungen nur bedingt geeignet. Der Humor gleitet leider streckenweise in die Untiefen der deutschen Comedy à la Oliver Pocher ab, dümmliche Parodien werden bis zum Abwinken ausgebreitet, bis auch der geduldigste Leser genervt ist.

Die Arztromanhandlung dagegen lässt nichts zu wünschen übrig, von niedlichen kleinen Neffen und tragischen Unfällen über gutaussehende junge Adlige aus komplizierten Familienverhältnissen bis hin zu überraschend aufgedeckten Affären zwischen den unwahrscheinlichsten Leuten. Alle Klischees werden pflichtschuldig abgearbeitet. Das sorgt für vereinzelte lustige Stellen, kann aber nicht über den grundlegenden Mangel hinwegtäuschen: Das Buch ist stilistisch zu leicht und erwartbar angelegt, um wirklich komisch zu sein und geht zu sehr auf ironische Distanz zu seiner waghalsigen Prämisse. Um es mit Hönscheid zu sagen: Der Lesegegnuss wird nicht maximiert.

Sowohl auf der Homepage (www.schwesterhelga.de) als auch hinten im Buch hat man das gesamte Personal aufgelistet, sollte man bei den obligatorischen verworrenen Liebes- und Familienbanden die Übersicht verlieren. Das Buch macht sich mit seinem hellblauen genretreuen Arztromanumschlag aber gut im Regal und erlaubt es einem, Fragen nach Hobbies mit „Ich lese gerne Arztromane“ zu beantworten.

Fazit: Fachlich sauber wenn auch äußerst minimalistisch, leider weitaus weniger lustig als der Titel suggeriert. Die Kreuzung aus Schundroman und ökonomischer Fachliteratur hat aber durchaus Potential.



Elinor Ostrom

Oder warum die Allmende nicht immer eine Tragödie ist

„Ein Artikel in der Ausgabe des Economist vom 10. Dezember 1988 behauptete, Fischgründe ließen sich nur erfolgreich bewirtschaften, wenn man akzeptiere, dass „sich selbst überlassen die Fischer an ihren Beständen Raubbau betreiben“ und „unter das Kuratel von Managern gestellt werden müssen, um eine Katastrophe zu verhindern.“ Dieses Zitat aus dem Buch von Elinor Ostrom spiegelt die bis vor wenigen Jahren übliche Lehrmeinung wider, dass bei Allmende- bzw. Gemeingüter nur durch Privatisierung oder staatlicher Kontrolle eine Übernutzung verhindert werden kann.

Doch was sind diese Ressourcen, die angeblich auf die Hilfe von Manager_innen angewiesen sind? Ein Gemeingut definiert sich darüber, dass keine Person von dessen Nutzung ausgeschlossen werden kann und die Nutzung gleichzeitig rivalisierend ist. Das berühmteste Beispiel für ein Ge-

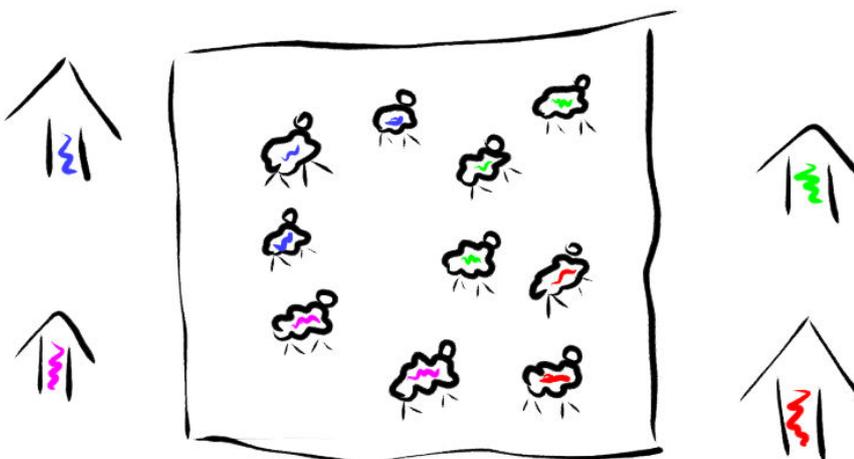
meingut ist die Kuhweide. Jede oder jeder kann seine/ihre Kühe auf die Weide schicken. Ist das beste und leckerste Gras aber bereits von einer Kuh – nennen wir sie „Maresi“ – abgegrast, kann „Lila“ nur mehr die halb so guten Gräser fressen. Oder in der Sprache der Landwirtschaft: Wenn der Viehbesatz zu hoch ist, werden die guten Futtergräser von Bei- bzw. Unkräutern verdrängt, zusätzlich kann vor allem bei hoher Feuchtigkeit die Grasnarbe aufreißen, was in Summe die Qualität der Weide und somit auch die Milchleistung der Kühe sinken lässt.

Geprägt wurde dieses Beispiel von Garrett Hardin, einem Biologen, in seinem 1968 in Science erschienenem Artikel „The Tragedy of the Commons“. Darin stellt er fest, dass die Nutzung einer knappen Ressource durch viele Individuen zwangsläufig zu einer Umweltverschlechterung führt. Wenn jeder Hirte bzw. jede Hirtin alleine von



der Produktivität (Milchleistung) einer weiteren aufgetriebenen Kuh profitiert, die Kosten (Qualitätsverlust der Weide) allerdings von allen getragen werden, führt das zu einer Übernutzung. „Darin liegt die Tragik. Jeder Hirte ist der Gefangene eines Systems, das ihn zwingt, seine Herde grenzenlos zu vergrößern – in einer Welt, die begrenzt ist. Verfolgt jeder seinen maximalen Eigennutz in einer Gesellschaft, die an die freie Verfügbarkeit von Allmenden glaubt, rennen alle in ihr sicheres Verderben.“

Formalisiert wurde dieses Problem als Gefangenendilemma, was bekannterweise (zumindest für jene LeserInnen, die noch eine entfernte Erinnerung an Spieltheorie haben) zu einem nicht pareto-optimalen Gleichgewicht führt. Jeder Spieler bzw. jede Spielerin hätte einen Anreiz eine Kuh mehr als im Optimum auf die Weide zu schicken – dies würde ceteris paribus seine bzw. ihre Auszahlung erhöhen, wobei die Kosten (da sie ja von allen getragen werden) nur geringfügig steigen. Das denkt sich jedes Individuum, wodurch am Ende viel zu viele Grasfresser die saftige Weide in eine





verunkrautete, aufgerissene und dadurch unproduktive Fläche verwandeln. Dass die Kühe bei dieser Strategie weniger Milch geben als bei einem optimalen Viehbestand liegt in der Natur am schlechten Futterangebot – in der Ökonomie an der Struktur der Payoff-Matrix.

Eine weitere Theorie, die sich der Problematik der Allmende annimmt, ist „The Logic of Collective Action“ von Mancur Olson (1965). Gemäß Olson werden Menschen nicht im Interesse der Gruppe handeln, sondern ihr individuelles Wohlergehen vor das kollektive Wohlergehen stellen.

Diese Modelle legen nahe, dass es einer starken Hand – sei es der



starke Arm des Gesetzes oder die unsichtbare Hand der Privatwirtschaft – bedarf, um das Problem der Allmende zu lösen. Dennoch existieren teils bereits seit hundert Jahren von Jahren Gemeingüter, die in Selbstverwaltung gut bewirtschaftet werden. Eine der bekanntesten Personen, die diese Diskrepanz zwischen der ökonomischen Theorie und der Realität aufbrach, ist eine Politologin. Elinor Ostrom untersuchte im Rahmen von Feldforschungen das Funktionieren bzw. Nicht-Funktionieren von selbstverwalteten Allmendegütern – 2009 erhielt sie dafür als erste Frau den Wirtschaftsnobelpreis.

Begonnen hat sie die Allmendeforschungen bereits mit ihrem Dissertationsthema „Public Entrepreneurship: A Case Study in Ground Water Basin Management“ (1968), wobei sie ein System entwarf, mit Hilfe dessen 600 NutzerInnen Vereinbarungen für die gemeinsame Verwendung von Grundwasser fanden. 1973 gründete sie gemeinsam mit ihrem

Mann den „Workshop in Political Theory and Policy Analysis“ an der Indiana University in Bloomington, der zu einem der wichtigsten Zentren für Allmendeforschung wurde. Seither widmet sie sich Studien und Theorien über gemeinsam genutzte Ressourcen und untersuchte zahlreiche Einzelbeispiele für Gemeingüter. Nun vertritt sie die Ansicht, dass es keine allgemeingültigen Regeln für ein Funktionieren von solchen selbstorganisierten Einheiten gibt. Vielmehr hat jede Gemeinschaft andere selbst geschaffene Vereinbarungen, die zum Erfolg führen.

Dennoch gibt es Prinzipien, die die langlebige Selbstverwaltung von Allmenderessourcen von den fragilen bzw. fehlgeschlagenen Versuchen trennen. In ihrem 1990 erschienen Buch „Governing the Commons“ stellt sie solche „Bauprinzipien“ vor. Der zentrale Gedanke ist, dass die Betroffenen die Nutzungsregeln mitbestimmen und diese Regeln von den zentralstaatlichen Akteuren wie Behö-

ren, Gemeinden, etc. anerkannt werden. Um die Einhaltung der Regeln zu gewährleisten, muss es außerdem ein Überwachungssystem geben, das bei Verstößen zu abgestuften Sanktionen führt. Falls dennoch Probleme auftreten, sollte ein Konfliktlösungsmechanismus wie zum Beispiel ein Ombudsmann oder eine Ombudsfrau existieren. Weiters sollte die Gruppengröße der NutzerInnen bzw. die Fläche der Allmende genau abgegrenzt und die Regeln der Bewirtschaftung auf die lokalen Gegebenheiten angepasst sein.

Werden diese Prinzipien eingehalten, können Allmenderessourcen einen höheren Ertrag bringen, als wenn die Regeln der Bewirtschaftung von Konzernen oder vom Staat diktiert werden. So schreibt Ostrom in ihrem Buch: „Kleine Einheiten werden vom Staat oft als hilflos angesehen. Dabei können sie sich hervorragend selbst organisieren. Ein Eingriff des Staates bringt oft mehr Schaden als Nutzen.“ Bei Privatisierung der Ressourcen können die BesitzerInnen ebenso zu Maßlosigkeit neigen. „Ich plädiere für keine der

beiden Positionen. Nur selten sind Institutionen entweder rein privat oder rein öffentlich – ‚Markt‘ oder ‚Staat‘. Viele erfolgreiche Allmenderessourcen-Institutionen sind vielfältige Mischformen aus markt- und staatsähnlichen Institutionen, die sich einer Klassifizierung in sterile Dichotomie entziehen.“

Vielfältig sind auch die Gemeingüter, selbst wenn manche Menschen beim Begriff Commons nur an die Bewirtschaftung von natürlichen Ressourcen denken. Dabei ist auch ein Wohnkomplex, bei dem die BewohnerInnen ein gleichzeitig WohnungseigentümerInnen sind und das Stiegenhaus, der Garten bzw. der Keller gemeinschaftlich genutzt werden, ein Gemeingut. Ein harmonisches Zusammenleben kann nicht durch allgemein gültige Regeln garantiert werden, sondern baut auf eine gemeinschaftliche Aushandlung von Rechten und Pflichten in Institutionen wie Hausversammlungen auf.

Elinor Ostrom appelliert mit ihrer Theorie an NGOs, Regierungen und internationale Organisationen

den Wert dieser teils jahrhundertlang gewachsenen Institutionen rund um das Gemeingut zu erkennen und zu respektieren. So sollen Themen wie Umweltschutz nicht dazu instrumentalisiert werden, die Selbstverwaltung von Commons zu zerstören. Denn die Common-Institutionen besitzen im Gegensatz zu NGOs das Kapital, das zur Erhaltung der natürlichen Ressourcen notwendig ist: Traditionelles Wissen über die Bewirtschaftung, Beziehungsnetze, Normen und das Vertrauen der Gruppe.

„Wenn wir keine Wege finden, die Verfasstheit der Gemeingüter zu verbessern; wenn wir nicht lernen, besser mit unseren kollektiven Ressourcen umzugehen, wird das Fehlen von Commons-Institutionen im 21. Jahrhundert zu tiefgreifenden sozialen und wirtschaftlichen Problemen führen. [...] Je mehr wir über sie lernen, umso besser können künftige politische Entscheidungen auf die Kraft der Gemeingüter aufbauen und Fehler der Vergangenheit vermieden werden.“



Freiheit am Arbeitsmarkt

1. Mai, Tag der Arbeit – Überlegungen zur Entscheidungsfreiheit am Arbeitsmarkt

„Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“ – diese Maxime aus dem neuen Testament scheint auch nach 2.000 Jahren ihre Gültigkeit nicht eingebüßt zu haben. So outete sich 2006 Franz Müntefering, einer der letzten Parteivorsitze der SPD, als Anhänger dieser Formel. Während die Frage nach dem individuellen Arbeitsangebot¹ also häufig mit Moral und Zwang in Verbindung gebracht wird, kommen die gebräuchlichen Modelle der modernen Ökonomie scheinbar ohne solche Kategorien aus. Hier geht man stattdessen von rationalen Individuen aus, die gemäß ihren Präferenzen nutzenmaximierende freie (Arbeits-)Marktentscheidungen treffen. Der Begriff „Freiheit“ ist in diesem Zusammenhang besonders wichtig, weil er im Gegensatz zum eingangs erwähnten Zwang zur Arbeit steht.

Die Theorie

Um das individuelle Arbeitsangebot zu bestimmen, wird Freizeit als nutzenstiftendes Gut in die Präferenzordnung aufgenommen. Der Nutzen eines Individuums i wird also definiert durch

$$U_i = f(x_i, s_i)$$

wobei s_i für die in Anspruch genommene Freizeit und x_i für alle anderen konsumierten Güter steht. Der Konsum von Freizeit ist dabei von der Natur beschränkt, es können etwa unmöglich mehr als 24 Stunden Freizeit pro Tag konsumiert werden. Das Fehlen

1 „Arbeit“ steht hier nur für Erwerbsarbeit. Andere Formen von Arbeit, wie informelle Arbeit, bleiben unberücksichtigt.

von Freizeit entspricht der Arbeitszeit (w_i) des Individuums, es gilt also für einen Tag auch $24 - w_i = s_i$ und allgemein

$$U_i = f(x_i; -w_i)$$

Aus diesem Zusammenhang kann man ablesen, dass Arbeit kein nutzenstiftendes Gut sondern ein „Ungut“ ist, das nur in Kauf genommen wird, um andere Güter konsumieren zu können.

Diese Implikation ist nicht unproblematisch. Viele Menschen erleben ihre Arbeit nicht als notwendiges Übel sondern auch als sinnstiftendes Element ihres Lebens. Umgekehrt wird das Fehlen von Arbeit allerdings von vielen Menschen, auch unabhängig von

finanziellen Sorgen, als bedrückend empfunden – die Anzahl der depressiven Arbeitslosen bersteigt die der glücklichen² um ein Vielfaches.

Doch zurück zum Modell. Die Nutzenfunktion kann an eine Budgetgerade angelegt werden, wobei die Steigung der Budgetgerade vom Stundenlohn bestimmt wird. Wie gewohnt zeichnet jener Punkt, an dem sich Nutzenfunktion und Budgetgerade berühren, das optimale Konsumausmaß und – in diesem Fall – auch das optimale Verhältnis zwischen Arbeitszeit und Freizeit aus (vgl. Abbildung 1).

Abhängig von ihren Präferenzen und ihrem Stundenlohn würden verschiedene Menschen also unterschiedlich viel Arbeitszeit verkaufen, um damit ihren Konsum zu finanzieren. Außerdem kann Konsum (also Arbeitszeit) auch gegen Freizeit getauscht werden,

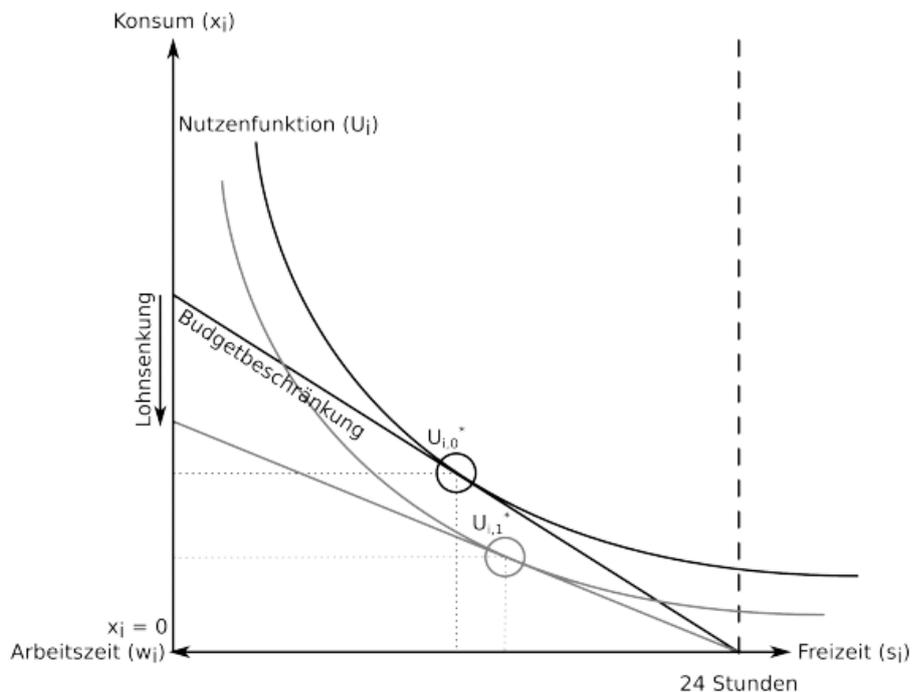


Abbildung 1: Konsum-Freizeit-Entscheidung; bei einer Lohnsenkung wird Konsum durch Freizeit substituiert

2 <http://www.diegluecklichenarbeitslosen.de>

wobei die Opportunitätskosten für eine zusätzliche Stunde Freizeit dem Stundenlohn entspricht. Sinkt der Stundenlohn eines Menschen, würde man im Regelfall also erwarten, dass er Konsum durch Freizeit substituiert und nach der Senkung weniger arbeiten würde (Freizeit wird ja billiger).

Die Welt da draußen

Die wirkliche Arbeitswelt sieht aber anders aus. Die meisten regulären Arbeitsverhältnisse sind „Vollzeit“- oder „Halbzeit“-Stellen (also 40 bzw. 20 Stunden). Dass die Reallöhne in den letzten Jahren sinken, ändert gar nichts am Arbeitsausmaß eines Großteils der arbeitenden Bevölkerung. Mit dem herkömmlichen Modell kann das nicht nachvollzogen werden – dieses würde ja nahelegen, dass mit der Lohnsenkung auch eine Reduktion des individuellen Arbeitsangebots einhergeht.

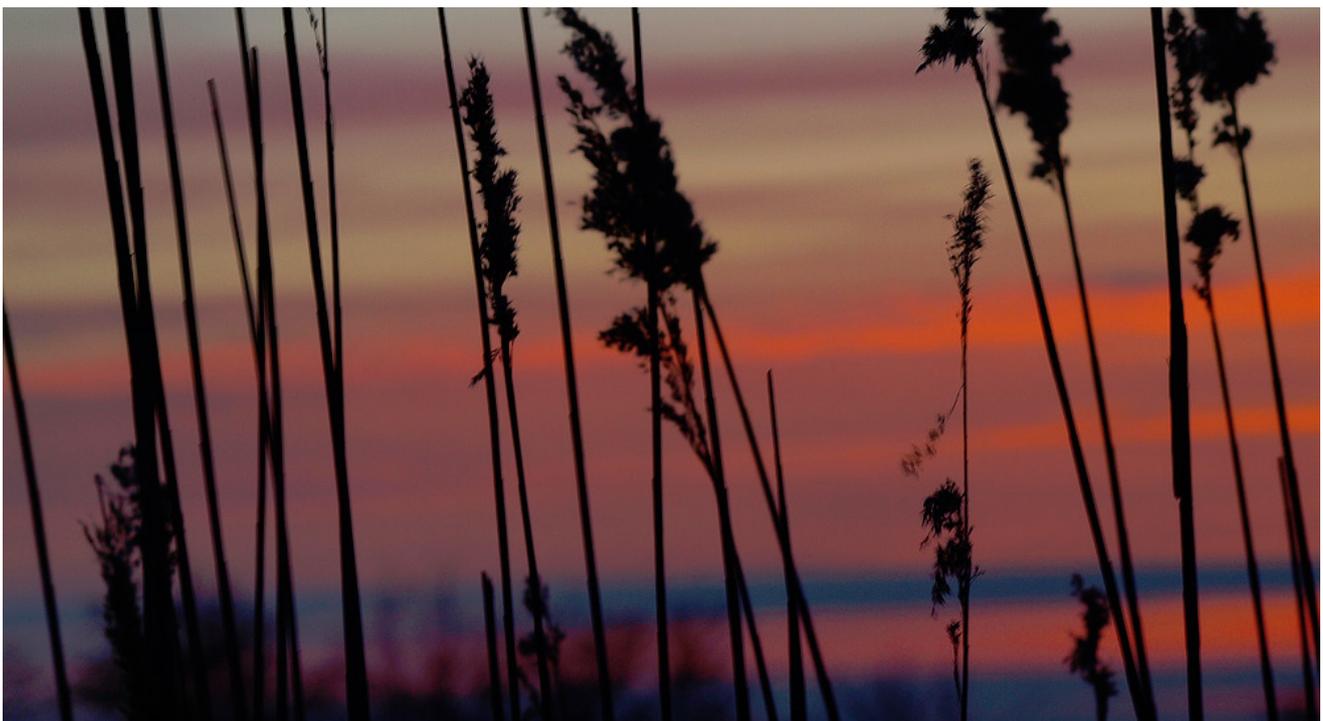
Um diesen Sachverhalt zu erklären, kann man davon annehmen, dass die ArbeitnehmerInnen ein gewisses Konsumniveau nach Möglichkeit nicht unterschreiten

wollen. Diese „Konsumuntergrenze“ ist von einer Reihe von individuellen, gesellschaftlichen und kulturellen Einflussfaktoren abhängig, also von Mensch zu Mensch verschieden. Als allgemeine Konsumuntergrenze könnte die Armutsgefährdungsschwelle als Hilfskonstrukt herangezogen werden. Diese Größe wurde von der EU 2001 bei 60 % des Medians des Äquivalenzeinkommens fixiert. Der Median des Äquivalenzeinkommens lag 2009 in Österreich bei 1.657,17€/Monat, die Armutsgefährdungsschwelle betrug somit 994,30€/Monat. Zum Vergleich: Die bedarfsorientierte Mindestsicherung, die seit Kurzem die Sozialhilfe ersetzt, hat 2011 eine Höhe von 752,94€/Monat. Als Voraussetzung für den Bezug muss allerdings die Bereitschaft zu arbeiten nachgewiesen werden (ja, auch in Österreich gilt „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen“).

Wie angesprochen, handelt es sich bei der Armutsgefährdungsschwelle um eine normativ festgelegte Grenze. Man kann davon ausgehen, dass die individuellen

Konsumuntergrenzen vieler Menschen bei mehr als 995€/Monat liegen, einige kommen zeitweilig sicherlich auch mit weniger aus. Jedenfalls scheint es plausibel, dass bei sehr niedrigen Einkommen eine (Real-)Lohnsenkung einen schmerzlichen Einschnitt bedeutet und der Ausgleich der Lohnsenkung eine höhere Priorität hat als die Substitution von Konsum durch Freizeit.

In der marxistischen Ökonomie könnte in diesem Zusammenhang von „doppelt freien“ ArbeitnehmerInnen gesprochen werden. Die erste Freiheit bezieht sich auf die Möglichkeit, soviel Arbeitszeit zu verkaufen, wie ihnen opportun erscheint. Diese Freiheit entspricht der Freiheit in der neoklassischen Theorie. Die zweite Freiheit der ArbeitnehmerInnen ist die Freiheit von Einkünften, abgesehen von ihrem Arbeitslohn. Damit ist die zweite Freiheit eigentlich ein Zwang – da das Arbeitseinkommen die einzige relevante Einkommensquelle für den Großteil der ArbeitnehmerInnen ist, müssen sie zumindest so lange arbeiten, bis ihr Lohn insgesamt (also un-



abhängig vom Stundenlohn) der Konsumuntergrenze entspricht. Die Konsumuntergrenze ist damit mit dem Reproduktionslohn in der marxistischen Ökonomie vergleichbar.

Eine Synthese

Der Gedanke der Konsumuntergrenze lässt sich auf das neoklassische Modell übertragen. Dazu wird der Entscheidungsraum auf der Konsum-Achse nach unten beschränkt.

Formal bedeutet diese Beschränkung eine weitere Nebenbedingung (zusätzlich zur Budgetbeschränkung), etwa

$$x_i \geq K_{\min}^i$$

wobei K_{\min}^i der Konsumuntergrenze des Individuums entspricht (vgl. Abbildung 2).

Die Einführung der Konsumuntergrenze hat insbesondere dann

große Auswirkungen auf die Konsum-Freizeit-Entscheidung eines Individuums, wenn der Stundenlohn sinkt und das alte Nutzenniveau bereits der Konsumuntergrenze nahe ist. In diesem Fall besteht nämlich keine Möglichkeit, Konsum durch Freizeit zu substituieren. Stattdessen müsste das Individuum das Arbeitsangebot sogar ausweiten, um nach der Lohnsenkung zumindest auf dem Niveau der Konsumuntergrenze leben zu können. Anders ausgedrückt, steigt das Arbeitsangebot der ArbeitnehmerInnen mit sinkendem Stundenlohn, sobald der Konsum auf das Niveau der Konsumuntergrenze gesunken ist.

In einer solchen Situation kann nur noch bedingt von einer freien Marktentscheidung gesprochen werden. Der Entscheidungsraum ist stark eingeschränkt und das Entscheidungsoptimum ist unerreichtbar – es kommt zu einer Randlösung.

Das bedingungslose Grundeinkommen: Utopie oder Marktkorrektur?

Um die ArbeitnehmerInnen in so einer Situation in die Lage zu versetzen, freie Marktentscheidungen zu treffen, müsste gewährleistet sein, dass sie die Konsumuntergrenze nie unterschreiten können. Das bedingungslose existenzsichernde Grundeinkommen – ein altes Konzept eines sozialpolitischen Finanztransfermodells – würde sich für diesen Zweck eignen. Im Sinne einer negativen Einkommensteuer würde allen BürgerInnen ein arbeitsunabhängiges Einkommen in der Höhe einer allgemeinen festgelegten Konsumuntergrenze (etwa der Armutsgefährdungsschwelle) zugesichert werden. Vereinfacht betrachtet würde damit eine ähnliche Situation wie im eingangs beschriebenen Grundmodell hergestellt.

Das Grundeinkommen wird von GegnerInnen vielfach als sozialromantische Utopie verhöhnt. Häufig wird kritisiert, dass niemand mehr arbeiten würde, wenn alle Menschen über ein arbeitsunabhängiges Einkommen in existenzsichernder Höhe verfügen. Unter den hier beschriebenen Gesichtspunkten erscheint dieser Kritikpunkt geradezu zynisch. Implizit besagt er ja nichts anderes, als dass die Menschen durch ansonsten drohende Armut zum Arbeiten gezwungen werden müssen, um den Fortbestand unseres Wirtschaftssystems zu sichern. Die in diesem Artikel vorgebrachten Argumente zeigen das Grundeinkommen hingegen als Marktkorrektur, die eine echte Entscheidungsfreiheit zwischen Freizeit und Konsum erst ermöglicht.

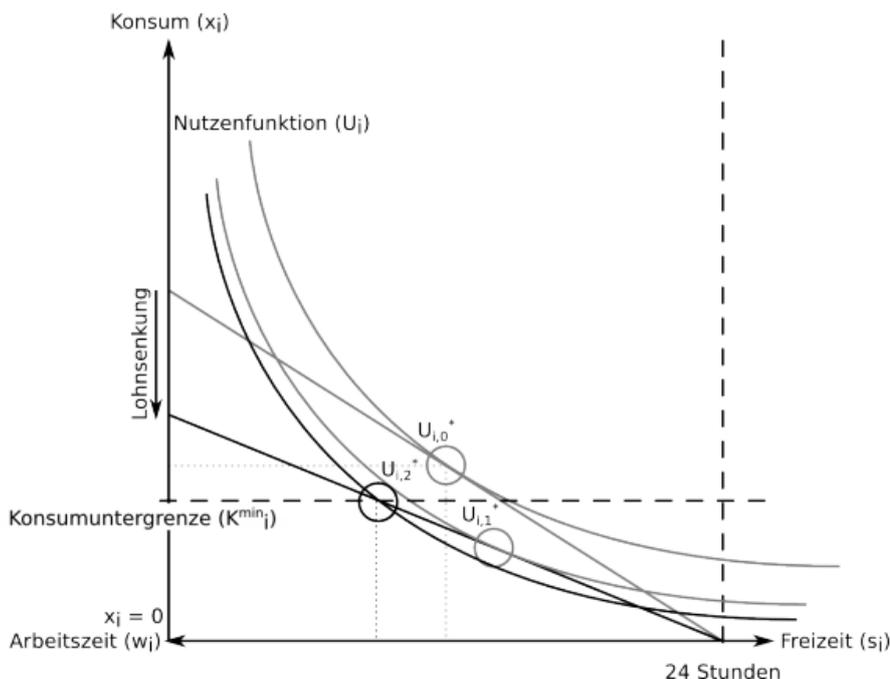


Abbildung 2: Konsum-Freizeit-Entscheidung mit Konsumuntergrenze; eine Substitution von Konsum durch Freizeit ist nicht möglich – es kommt zu einer Randlösung mit weniger Konsum und weniger Freizeit bei einem niedrigerem Nutzenniveau $U_{i,2}^*$ als bei $U_{i,1}^*$ (siehe Abbildung 1)

Der Untergang der Technokraten

die ökonomische Dimension der ägyptischen Revolution

Es war Zufall und nicht so geplant, aber plötzlich waren da Millionen Menschen am Tahrir Platz (Midan Al-Tahrir) in Kairo versammelt und haben Basisdemokratie gelebt. Ägypten durchlebt im Moment eine vitale und inspirierende Phase was politische Partizipation betrifft.

Für Ökonom_innen ist die Frage der Zukunft dieses Landes nicht nur wegen der wirtschaftspolitischen Bedeutung des Landes und der Region interessant, im Moment kann man sich auch fragen: Wird es zu einer neuen Wirtschaftsordnung kommen?

Bisher war die Wirtschaftsordnung im Prinzip an den Namen des jeweiligen Präsidenten geknüpft. Gamal Abdel-Nasser, der zweite Präsident nach dem Coup d'état 1952, war Verfechter des Arabischen Sozialismus und formte

das Land entsprechend seinen Visionen. Heute noch arbeiten hunderttausende Ägypter_innen im Norden Kairos in den Textilfabriken aus dieser Zeit. Dort sehen viele eine Quelle der heutigen Revolutionsbewegung, weil sich in den letzten Jahren eine sehr gut organisierte Streikbewegung formiert hat. Anwer Sadat stand für die Öffnung des Landes westlichen Staaten gegenüber. In seine Zeit fällt der Camp David Friedensvertrag mit Israel, in dessen Folge der Staat und vor Allem das Militär wesentliche US-amerikanische Transfers lukriert. Die Wirtschaftsordnung der Ära Hosni Mubarak hat ihre Wurzeln in der Öffnung Sadats und ist durch Liberalisierung und Privatisierungen gekennzeichnet.

Bis Februar diesen Jahres wurde die Wirtschaftspolitik Ägyptens

von vier Männern gestaltet, die Technokraten in der politischen Führung des Landes: Der Premierminister Ahmed Nazif, der Finanzminister Jussef Boutrousgali, der Wirtschaftsminister Rashid Mohamed Rashid und der Investitionsminister Mahmoud Mo-hieldin. Alle vier ausgestattet mit angelsächsischen Abschlüssen und exzellenten ökonomischen Kenntnissen konnten sie relativ frei entscheiden welche Programme und Reformen im Land umgesetzt wurden. Beispiele dafür sind Freihandelszonen mit der EU, Privatisierungen von Staatsbetrieben und Infrastruktur (z.B. Häfen), Anreizsysteme für ausländische Direktinvestitionen, die Umstellung auf ein flexibles Wechselkurssystem oder auch die Schaffung von spezialisierten Technologieclustern.

Rechenschaft waren diese vier Schlüssel-Minister nur den Autokraten schuldig, also den Männern an der Spitze des riesigen Polizei-





apparats und des Militärs sowie dem Präsidenten. Die Autokraten waren mehr am Erhalt ihrer Macht und ihren Privilegien interessiert als an Fragen der allgemeinen Wohlfahrt. Heute wird gegen diese vier Männer wegen Korruptions- und Amtsmissbrauchsverdachts ermittelt, so zum Beispiel im Falle von einigen Privatisierungen. Mahmoud Mohieldin hatte Glück und wurde schon Mitte letzten Jahres zur Weltbank entsandt. Jussef Boutros-Ghali, der auch durch seine berühmte Familie (sein Vater war UN-Generalsekretär) international vernetzt ist, hat sich ins Ausland abgesetzt.

Was kommt aber nach diesen Technokraten? Hat diese Revolution eine ökonomische Dimension? Ägyptische Aktivist_innen wehren sich dagegen, dass existentielle Sorgen die Leute auf den Tahrir Platz getrieben haben: Nein, die Menschen wollten Freiheit und politische Mitbestimmung und einen politischen Systemwechsel. Die

größere ökonomische Dimension dieser Revolution besteht dann wohl darin, dass die Menschen nicht nur ihr Recht am Anteil am Kuchen fordern, sondern auch selbst mitbestimmen wollen, wie man diesen Kuchen größer macht und ihn gerechter verteilt.

Die Revolution war nicht zentral

geplant oder organisiert und im Prinzip war das kleine Land Tunesien Auslöser einer gewaltigen Dynamik in der ganzen Region. Es gibt keine politische oder religiöse Ideologie hinter dieser Revolution. Ihr pluralistischer Bottom-Up Ansatz hätte das Potential die Wirtschaftsordnung so neu zu formen, dass Impulse für Reformen von unten kommen. Wir können gespannt sein, was passiert.

Lesenswertes über Ägypten:

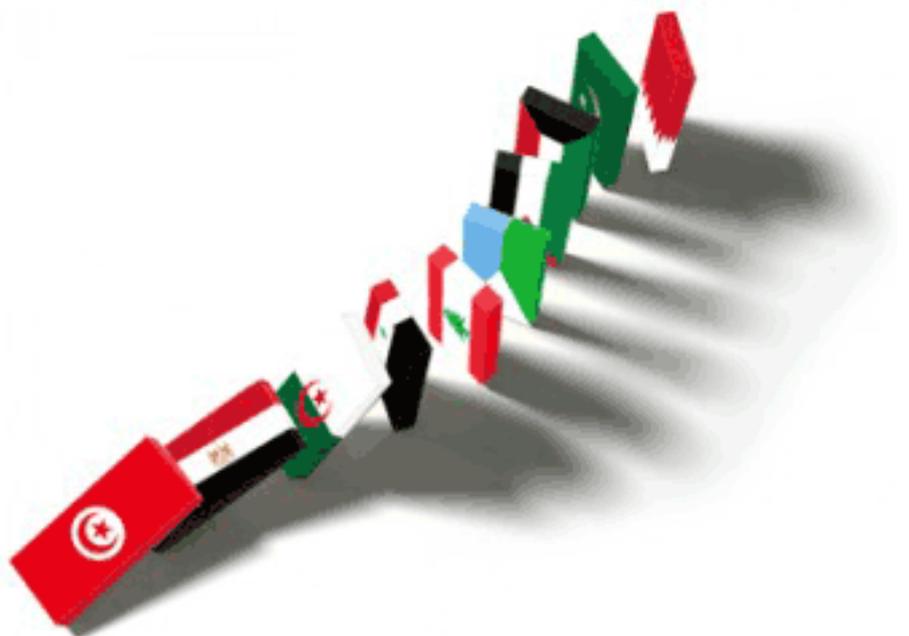
Der Verlag der Amerikanischen Universität in Kairo publiziert viel zur ökonomischen Situation Ägypten und allgemein in der arabischen Welt, so zum Beispiel:

The Egyptian Economy: Current Challenges and Future Prospects, Hanaa Kheir-EI-Din, American University Press, ISBN:9774161548

What Drives Prices in Egypt? Hanaa Kheir-EI-Din, American University Press, ISBN: 9774163036

Bücher dieses Verlages kann man normalerweise sehr einfach hierzulande erhalten.

Link: <http://www.aucpress.com/>



Arbeitszeitverkürzung

Weg aus der aktuellen und vielleicht auch generellen Krise?

Ein fixer Bestandteil der erlesenen¹ Schildburg-Bibliothek ist Erwin Weissels „Kurzfristige Effekte der Arbeitszeitverkürzung“, eine Studie, die die Auswirkungen der Arbeitszeitverkürzung von 45 auf 43 Wochenstunden von ArbeitnehmerInnen der Wiener Industrie erforscht. Ob dieses Werk viel gelesen und zitiert wird, sei dahingestellt. Ist der Staub auf dem Umschlag vielleicht unberechtigt?

Aufmerksamen BeobachterInnen des Weltgeschehens bleibt nicht verborgen, dass sich das „Window of Opportunity“, das während und nach der Krise für die (bis dato in muffigen Abstellkammerchen ihr Dasein fristenden) alternative Wirtschaftspolitik geöffnet war, nun wieder zu schließen scheint.

Einerseits wird DemonstrantInnen in Spanien und Griechenland vorgeworfen, den Ernst der Lage nicht zu erkennen und empfohlen, die Alternativenlosigkeit² der strikten Sparmaßnahmen einzusehen.

Andererseits aber ist eine hohe Arbeitslosigkeit in der EU als auch in den USA politische Realität, und während der Krise haben verschiedene Formen der Kurzarbeit Wunder³ gewirkt (siehe für Österreich z.B. Mahringer 2009 und

1 Jawohl, das ist genialer Wortwitz! Danke an dieser Stelle an Bibliothekar Friedemann und seinem getreuen Adjutanten Johannes.

2 Unwort des Jahres 2010 in Deutschland.

3 Anzumerken sei, dass das Wort „Wunder“ hier nur ein Stilmittel ist und der Autor nicht intendiert, die Wirtschaftswissenschaften mit Alchemie o.Ä. gleichzusetzen.

Stiglbauer 2010).

Überlegungen zu einer kollektiven Arbeitszeitverkürzung sind deshalb nicht nur verrückte Gedankenspiele, sondern eines genaueren Blickes wert. Manchmal hört man folgendes Argument für eine generelle Arbeitszeitverkürzung: Wenn das gleiche Arbeitsvolumen, das jetzt gearbeitet wird, auf alle Erwerbsfähigen aufgeteilt wird, könnte man Arbeitslosigkeit verhindern.



Dieses Argument ist natürlich insofern problematisch, als dass hier die Annahme benötigt wird, die Arbeitsnachfrage wäre konstant – was vor allem hinsichtlich der Kosten nicht stimmt. Fixkosten pro ArbeiterIn sind und bleiben nun mal Fixkosten pro ArbeiterIn. Das ist auch das Totschlagargument, in dem oft innerhalb der Neoklassik argumentiert wird: Die Arbeitsnachfragekurve verschiebt sich aufgrund der gestiegenen Kosten einfach nach links, und es könnte sogar zu einer niedrigeren effektiv nachgefragten Menge an Arbeit kommen. Wenn die ArbeiterInnen auch gar nicht weniger arbeiten (oder genauer gesagt, ohne

Lohnausgleich weniger verdienen) wollen & reichlich Überstunden schieben und ein Lohndruck nach oben stattfindet, dann geht's mit der Arbeitslosigkeit überhaupt nach oben.

Das steht zum Beispiel in Einklang mit einer Darstellung von A. Bösch-Supan. Der gute Mann will den empirischen Beweis gegen positive Auswirkungen von Arbeitszeitverkürzungen in Deutschland gefunden haben, wo seit 1960 eine Arbeitszeitreduktion von 20% stattgefunden hat, die einzigen Auswirkungen war aber das Fallen der Beschäftigtenrate bei älteren ArbeitnehmerInnen.

Damit Arbeitszeitverkürzung funktionieren kann, müssen laut ihm fixe Preise und Löhne gegeben sein, sowie perfekte Substitution zwischen beschäftigten und nicht beschäftigten ArbeiterInnen, konstanter Output, eine Präferenz für Freizeit, keine Kapitalsubstitution, und keine Fixkosten pro ArbeiterIn.

Nicht nur das, es wird auch behauptet, dass das (bei solchen Debatten oft vorgelegte) Beispiel des Erfolgs der Arbeitszeitverkürzung bei VW eine Folge des „moonlighting“ (zwei Jobs gleichzeitig zu haben) war: VW kürzte

die Arbeitszeit 1993 um 20%⁴, in der Folge konnte bei sehr moderaten Ausgleichszahlungen (4%) und deutlich weniger Nettolohn (11-12%) eine gewaltige Produktivitätssteigerung (10-20%) über drei Jahre sowie hohe ArbeitnehmerInnenzufriedenheit (starker Rückgang der Krankenstände) beobachtet werden – klar, wenn man den Job behalten darf!

Klar ist auch, dass die Auswirkungen sehr stark von Sektoreigenheiten abhängen: Kleine Unternehmen oder solche mit hochqualifizierten ArbeiterInnen werden Probleme haben – Stichwort Substitution und Nicht-Teilbarkeit. Ching-chong Lai et al. (2004) stellen ein Modell vor, bei dem Arbeitszeitverkürzung einen positiven Einfluss auf Wirtschaftswachstum hat, wenn in der Ökonomie Stundenlohnzahlungen vorherrschen, jedoch einen negativen bei Jahreszahlungen.

Hm.

Eindeutig ist die Sache aber bei Weitem nicht: Da gibt es zum Beispiel einen Theorieansatz von G. Rocheteau (2000), bei dem in Ökonomien mit hoher Arbeitslosigkeit eine Arbeitszeitverkürzung (ohne Lohnausgleich) eine Ausweitung der Beschäftigung führt – bei niedriger Arbeitslosigkeit tritt jedoch das Gegenteil ein. Außerdem gibt es ja den niederländischen Fall: Von 1982 bis 1997 wurde die Arbeitszeit um 15% verkürzt, und die Beschäftigung wuchs um 30% (von denen die Hälfte dem Wachstum, die andere Hälfte Produktivitätssteigerungen durch die Arbeitszeitverkürzung zugrunde lagen). Eine wichtige Rolle hier spielt, dass Lohnverzicht stattfand.

⁴ Statt durch Entlassungen den Einsparungsbedarf von 30% beim Personal zu erzielen.



Arbeitslos!

Manche ÖkonomInnen sehen das Problem in der Senkung des effektiven Einkommens, durch das ArbeiterInnen eben Überstunden machen oder zwei Jobs gleichzeitig haben. Die „Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik“ machte den Vorschlag, dass ein (vor allem bei kleinen Unternehmen staatlich geförderter) Lohnausgleich für untere und mittlere Einkommen hier Abhilfe schaffen könnte. Die Idee ist, dass dann kein Anreiz mehr besteht, Mehr-

arbeit zu leisten und so effektiv Beschäftigung geschaffen wird, während auch die Nachfrage gesteigert werden kann. Die Argumentation lautet, dass auch Unternehmen bei vollem Lohnausgleich in Höhe der jeweils erzielten Produktivitätsrate steigende Gewinne zu vermelden haben – und zwar in Höhe der Produktivität.

Colignatus denkt weiter: Er sieht eine zu hohe Handels-Abhängigkeit (dank unterdrückter Stagfla-

tion), und eine Vernachlässigung des Binnenmarktes, die letztendlich auch einen Beitrag zur 2009+ Krise geführt hat. Makroökonomische Maßnahmen müssen für ihn folgendes Ziel haben: „What is crucial is to keep people in jobs“⁵. Er schlägt in manchen Gegenden sogar eine 4-Stunden-Woche vor.

In die Richtung geht auch der Vorstoß von M. Marterbauer, der für Österreich eine Arbeitszeitverkürzung fordert. So würde etwa eine Arbeitszeitverkürzung um zehn Prozent (von 39 auf 35 Stunden) innerhalb von fünf Jahren 130.000 zusätzliche Jobs bringen und die Arbeitslosigkeit alleine durch diese Maßnahme um 2,7 Prozentpunkte sinken.

Auch folgende Überlegung lässt nachdenklich stimmen: In Deutschland hat das Arbeitsvolumen seit 1960 um nur 2,7% zugenommen. Gleichzeitig ist das Potential der Erwerbspersonen von 26,3 auf 44,4 Millionen ge-

wachsen. Das bedeutet, dass sich heute 69 Prozent mehr Menschen um fast das gleiche Arbeitsvolumen bewerben als 1960. Diese Entwicklung wurde in den 1970er Jahren durch eine Arbeitszeitverkürzung von 44 auf 40 Stunden einigermaßen ausgeglichen. Seitdem bemerkt man allerdings eine Prekarisierung des Arbeitsmarktes: Von 1997 bis 2007 ist die Anzahl der Deutschen in sogenannten Normalarbeitsverhältnissen – also Vollzeitarbeit mit dauerhafter vertraglicher Grundlage – um 1,5 Millionen gesunken. Gleichzeitig stieg die Anzahl der Personen in atypischen Beschäftigungsformen – Teilzeitbeschäftigungen mit 20 oder weniger Stunden Arbeit pro Woche, geringfügige Beschäftigungen, befristete Beschäftigungen sowie Zeitarbeitsverhältnisse (Leiharbeit, Arbeitnehmerüberlassung) – in diesem Zeitraum um 2,6 Millionen an. Insgesamt ergibt sich für alle abhängig Beschäftigten eine Zunahme um 1,1 Millionen. Seit 1970 ist die Teilzeitquote

(ohne Erziehungsurlaub und Altersteilzeit) von 3,6% auf 26,2% in 2010 gehüpft.

Damit ergibt sich auch eine Überlegung, die im Zusammenhang mit der Arbeitszeitverkürzung langfristig eine enorme Rolle spielen kann: Die Mehrheit der Teilzeitarbeit wird von Frauen geleistet, was erheblich zu der generellen Gehaltsdisparität beiträgt. Durch eine Arbeitszeitverkürzung könnte diese Zahl gemindert werden, was – auch außerhalb des engen ökonomischen Betrachtungsfeldes – enorme (positive) Auswirkungen bezüglich Gleichstellungsagenden haben könnte. Bunel (2002) zeigt auch, dass Arbeitszeitreduktion die Wahrscheinlichkeit erhöht, dass der/die Ehepartner/in in den Arbeitsmarkt eintritt.

Bei dem Thema der Arbeitszeitverkürzung lohnt es sich auch absolut, aus der Modellwelt ausubrechen, und festzuhalten: Arbeit nervt. Und macht krank. Deshalb sollte über eine Flexibilisierung der individuellen Arbeitszeit nachgedacht werden – und zwar flexibel im Sinne des / der ArbeitnehmerIn. Also: wie kann die rush hour des Lebens entzerrt werden? Maßnahmen wie Auszeiten, Karenzen, Sabbaticals, Zeitkonten⁶ sowie das Recht auf Wechsel zwischen Voll- und Teilzeit können auf ArbeitnehmerInnenseite viel bewirken: Verminderung von burn-out⁷, Vereinbarkeit verschiedener Lebenssphären und Weiterbildung.

Diese Maßnahmen existieren teil-

6 D.h. Geldzuschläge für Überstunden sowie Nacht- und Feiertagsarbeit zu reduzieren und diese Arbeitsformen durch Freizeitansprüche zu entgelten.

7 Der Autor ist sich der inflationären Verwendung dieses Begriffes bewusst, und sie ist ihm herzlich egal.



5 Der RBK bemüht sich hier um eine breitere wirtschaftspolitische Agenda: „Diese Arbeitsweise garantiert Beschäftigung, Wachstum und Wohlstand,...“ (RBK 05 / 2011)

weise schon, sind aber meistens zweckgebunden (Elternteilzeit) oder auf bestimmte Zielgruppen beschränkt. Diese Beschränkungen gilt es zu lösen, um Schlagworte wie lebenslanges Lernen ernst zu nehmen. Einen Überblick über die aktuellen Tendenzen in Europa gibt es im aktuellen Kurswechsel des BEIGEWUM (J. Flecker, A. Schönauer 2011).

Fazit: Die Arbeitszeitverkürzung ist als Maßnahme für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der inflexiblen Arbeitsweise in Europa nicht abzuschreiben. Da ist für alle was dabei!

Referenzen:

Arbeitsgruppe Alternative Wirtschaftspolitik: MEMORANDUM 2009, 2008

Bunel, Matthieu (2002): Added

worker effect revisited through the French working time reduction experiment. GATE Groupe d'Analyse et de Théorie Économique.

Chun-Chieh Huang, Ching-Chong Lai and Juin-Jen Chang (2004): Working Hours Reduction and Endogenous Growth. IEAS Working Paper No. 04-A006

Colignatus, Thomas, van Houten Genootschap, Samuel (2009): The macro-economics of repressed stagflation. Part 2: The crisis of 2009+ and a reduction of the working week. Munich Personal RePEc Archive

Forum Economique Franco-Allemand (1999): Reduction of Working Time/Eastward Enlargement of the European Union. 5th meeting, Paris July 6-7 1999

Hunt, Jennifer (1996): „The Res-

ponse of Wages and Actual Hours Worked to the Reduction of Standard Hours in Germany,“ Discussion Papers of DIW Berlin 138, DIW Berlin, German Institute for Economic Research.

Mahringer, Helmut (2009): Der Arbeitsmarkt in der Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise. WIFO Monatsberichte, 12/2009. S. 967–978.

Stiglbauer, Alfred (2010): Der österreichische Arbeitsmarkt in der großen Rezession: Entwicklungen und wirtschaftspolitische Maßnahmen. Geldpolitik und Wirtschaft, 3/2010.



Nominale Trägheit

oder warum Österreich Uboote braucht

*Ein Beitrag zur Universalität der Volkswirtschaftslehre
Erschienen in der Reihe: Eurofighter spaltet den RBK*

Zweitausendundsieben erschien im RBK ein Artikel mit dem Titel: „18 Kampfflugzeuge – geschützt von einer Zwangsjacke“, welcher kontrovers diskutiert wurde und es auch war. Er zeigt nämlich auf, wie auch Volkswirte und Volkswirtinnen und alle anderen intermediären sozialen Geschlechterkonstruktionen aus dem R^n , die unser Fach studieren, sich von einem Phänomen irreleiten lassen, welches schon der große liberale Ökonom John Maynard Keynes² als ein fundamentales Problem der Ökonomie erkannte.

Was war damals geschehen? Ein dem Autor dieses Textes unbekannter Autor [sic!], hatte einen Artikel geschrieben, der zugespitzt zu einer Aussage zu verkürzen ist: „Würde Österreich die Neutralität aufgeben, benötigte es nicht 18 Exemplare des Waffensystems Typhoon³.“ Der Autor des Tex-

1 Der Autor geht davon aus, dass es n Geschlechterdimensionen gibt, aus der sich jedes sozial konstruierte Geschlecht konstruiert. Es ist dabei zu beachten, dass n von oben beschränkt ist, durch die Anzahl der Erdbewohner. Die genaue Größe von n ist aber nicht bekannt. Der Autor weiß weiter darauf hin, dass Schizophrenie eine Krankheit ist.

2 Keynes zu zitieren macht immer Sinn, vor allem wenn man als konservativ gilt. Des Weiteren macht es immer wieder Sinn zu erwähnen, dass Herr Keynes nicht links war.

3 Das Waffensystem Typhoon ist irgendwann in den späten 90er Jahren von der deutschen Regierung Kohl in Eurofighter2000 umgetauft worden, als es zuvor als Jäger90 gescheitert ist. Der Zusatz 2000 wird

tes war natürlich im Unrecht um dies im Vorhinein klar zu stellen, zwar wahrscheinlich nicht aus den Gründen⁴, die damals diskutiert wurden, sondern aus Gründen, die eine gewisse Universalität der Volkswirtschaftslehre begründen.

Es wurden dann auch tatsächlich nicht 18, sondern nur 15 Exemplare angeschafft. Dies hat nichtsdestrotz genauso wenig Sinn ergeben. Denn das Hauptproblem dieses Waffensystems ist, dass es eigentlich gar nicht eingesetzt werden kann. Dies ist nämlich nicht möglich, da Österreich gar nicht hinreichend groß genug ist, damit der Typhoon über österreichischem Staatsgebiet seine Höchstgeschwindigkeit erreichen kann, beziehungsweise bei Erreichen der Höchstgeschwindigkeit längst österreichisches Staatsgebiet verlassen hat. Was jetzt rein

mittlerweile weggelassen, da auch in Deutschland erst seit 2010 die ersten Geschwader vollständig einsatzbereit sind. Er müsste also eigentlich Eurofighter 2010 heißen. Der Eurofighter heißt in der Exportvariante beziehungsweise im nicht-deutschsprachigen Raum übrigens konstant Typhoon, da er der Nachfolger des Waffensystems Tornado ist. In der Logik der europäischen Rüstungsindustrie ist es übrigens nicht ganz auszuschließen, dass der Nachfolger des Typhoon Tsunami heißen wird.

4 Der Autor dieses Textes geht hier davon aus, dass diese Gründe grundsätzlicher Natur waren, wie sie in Basisgruppen vorherrschen, nennen wir sie mal im weiteren antimilitaristisch, antisexistisch, antifaschistisch, antihierarchisch oder noch etwas grundsätzlicher: Kritisch.

technisch kein Problem⁵ ist, aber aus der Perspektive der Neutralität natürlich überhaupt keinen Sinn ergibt.

Somit stellt sich hier die Frage: Wofür benötigt eigentlich ein neutraler Staat, der von politischen Partnern und Freunden⁶ umgeben ist, ein Kampfflugzeug? Ein Kampfflugzeug der neuesten Generation, welches zur Bekämpfung der MiG-29 optimiert ist? Damals hieß es dazu im RBK: „[...] eine umfassende Landesverteidigung, zu der natürlich auch die Luftraumüberwachung gehört, garantiert doch nur sie die verlangte vollkommene Unverletzlichkeit des Staatsgebietes.“ Grundsätzlich ist dem natürlich nichts hinzuzufügen.

Aber was würde Mister Spock aus Raumschiff Enterprise sagen: „Faszinierend“. Menschen sind dermaßen irrational, dass sie nicht die Zeichen der Zeit erkennen. Mit exakt der gleichen Argumentation ließen sich U-Boote beschaffen, da letztendlich die territoriale Integrität am Bodensee sichergestellt werden müsste, vor allem wenn bedacht wird, dass es im Bodensee keine anerkannte Grenzziehung gibt. Ein letztendlicher Angriff der Schweiz oder Deutschlands Unterwasser wäre nur so auszuschließen. Immerhin

5 Dies ist kein Problem, da das Waffensystem in Bayern produziert wurde, und die bayrische Staatsregierung zur Sicherung heimischer Arbeitsplätze gerne anderen Nationen ihren Luftraum zur Verfügung stellen würde..

6 Zur Information für alle Kärntnerinnen und Kärntner beziehungsweise soziale Geschlechterkonstruktionen aus dem R^n mit nordslowenischem Migrationshintergrund: Auch Slowenien ist freundschaftlich mit Österreich verbunden, beziehungsweise besitzt gar keine Kampffjets, da es in der NATO ist.



könnte ein modernes U-Boot der Klasse 212A im Bodensee ganz abtauchen und wäre somit voll einsetzbar.

Wie kommt es nun dazu, dass Österreich sich keine U-Boote zulegt, aber eine stattliche Menge an Abfangjäger, die es nie benötigen wird? Beziehungsweise sollte es jemals angegriffen werden, gar nicht einsetzen kann, weil es damit ja bereits selber den Luftraum eines anderen Staates verletzen würde⁷. Nun, im Kalten Krieg waren die Neutralität und die gesamte Landesverteidigung als Raumverteidigung auf einen Angriff aus dem Osten ausgelegt. Das heißt, im Verbund mit allen anderen neutralen Staaten Europas war Österreich im Kalten Krieg nie auf eine Konfrontation mit dem Westen eingerichtet, beziehungsweise es wurde nie davon ausgegangen das es zu einer solchen kommen kann. Was zur Konsequenz hatte, dass nie U-Boote für den Bodensee angeschafft wurden. Ein Angriff aus dem tschechoslowakischen beziehungsweise ungarischen Luftraum, war wiederum sehr realistisch und Österreich

⁷ Absolute Todsünde für einen neutralen Staat

benötigte dafür auch dementsprechend die notwendigen Luftfahrzeuge.

Jetzt ist es nun so, dass durch den Fall der eisernen Mauer und der Ostintegration der Visegrád-Staaten sich die verteidigungspolitischen Notwendigkeiten vollständig geändert haben, ohne dass es das österreichische Stimmvolk hinreichend wahrgenommen hat. Vielmehr ist seit dem Schock Anfang der 90er Jahre nicht nur viel Wasser die Donau heruntergeflossen, nein die politischen Positionen haben sich sogar vertauscht. In der Ökonomie nennen wir das den direkten und den indirekten Effekt der nominalen Trägheit. Beide Effekte führen zu einem volkswirtschaftlich nicht wünschenswerten beziehungsweise suboptimalen Ergebnis.

Der direkte Effekt ist schnell erklärt, denn er lässt sich ganz einfach beschreiben. Dadurch, dass die Antizipation des Wegfalls der Begründung für die Neutralität noch nicht hinreichend stattgefunden hat, haben es Interessensgruppen einfacher, die aus Eigeninteresse ein nicht notwendiges Waffensystem beschaffen wollen. Also einfacher ausgedrückt und auf

Deutsch: Ein_e Politiker_in, die/der den Eurofighter befürwortet - aus welchen Gründen auch immer - stellt auf Basis von prinzipiellen oder allgemeinen verteidigungspolitischen Überlegungen zur umfassende Neutralität fest, dass die allseits so geliebte Neutralität nur mit einer Aufrechterhaltung einer umfassenden Luftverteidigung möglich ist. Dieser Argumentation schloss sich mehr oder weniger der Autor [sic!] des Artikels im vorletzten RBK an. Das heißt, aufgrund der nominalen Verblendung des Stimmvolkes und einzelintressengetriebener Politiker und Elemente des heimischen militärisch-industriellen Komplexes wird die Beschaffung eines nicht notwendigen und nicht brauchbaren Waffensystems ermöglicht. Dies war nur möglich, da sich ein Großteil des österreichischen Volkes aus welchen Gründen auch immer zur Neutralität bekannte.

Der indirekte Effekt ist etwas komplizierter. Zur Zeit des Kalten Krieges war die so genannte Freiheitliche Partei eine starke Befürworterin der Westanbindung. Dies war damals im Sinne der Stimmenmaximierung natürlich außerordentlich rational, da ein Großteil ihrer Klientel natürlich noch selbst gegen die Sowjets⁸ gekämpft hatte, fühlten sich diese auch im Kalten Krieg der antisowjetischen NATO zugehörig. Des Weiteren konnten sie sich so von der Sozialistischen Partei beziehungsweise der Volkspartei, die aus Staatsräson die Neutralität befürworteten, abgrenzen. Nun ist es ja allgemein bekannt, dass der Wähler⁹ des dritten Lagers zeitgeschichtlich nicht ganz auf der Höhe der Zeit ist, beziehungsweise auch ganz

⁸ Damals hieß es Iwan.

⁹ Der Autor benutzt in diesem Kontext das generische Maskulinum. Der Autor bittet den geneigten Zensor dies als Stilmittel zu interpretieren.

schnell mal das gestern Gesagte und Gedachte vergisst. Somit wurde er nach dem Wegfall der sowjetischen Bedrohung auf einmal zum Neutralitätsanhänger. Es ist dabei davon auszugehen, dass der Antiamerikanismus den Antikommunismus ersetzt hat, und der kleine Mann Österreichs¹⁰ hier sich einer einfachen Heuristik bedient: „Bin ich gegen die NATO, bin ich gegen Amerika. Somit bin ich für die Neutralität, damit ich gegen Amerika bin.“¹¹

Der rationale freiheitliche Parteistrategie¹² hat dies natürlich erkannt und ist seitdem glühendster Verehrer der österreichischen Neutralität, wo er 30 Jahre zuvor noch jeden Neutralitätsbefürworter als Feigling denunziert hat. Somit führt die mangelnde Antizipation eines exogenen Schocks dazu, dass rationale Spieler¹³ sich in ihrem Verhalten an das Verhalten beschränkt rationaler Spieler und Spielerinnen und aller anderen intermediären sozialen Geschlechterkonstruktionen aus dem R^n , die mitspielen, anpasst. Dieses

10 Leser der Neuen Kronenzeitung (Begründung für das generische Maskulinum sie oben.)

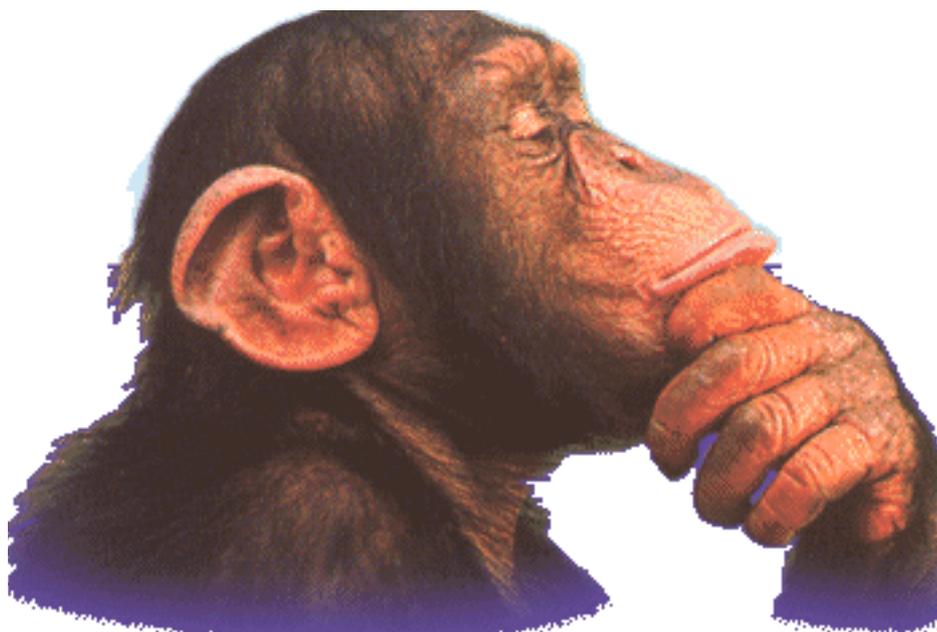
11 Dem Autor dieses Textes ist sich durchaus bewusst, dass viele Anhängerinnen und Anhänger beziehungsweise soziale Geschlechterkonstruktionen aus dem R^n sich hierzu tiefgründigere Gedanken machen. Er ist aber trotzdem davon überzeugt, dass es sich bei Neutralitätsbefürwortern um deutschtümelnde Ignoranten handelt. Gleichzeitig distanziert sich der Autor im Namen des RBK von dieser vereinfachenden Pauschalisierung.

12 Ohne Herrn Kickl gefragt zu haben geht der Autor davon aus, dass dieser sich als Parteistrategie und nicht als Parteistrategin bezeichnen würde.

13 Ohne Herrn Kickl gefragt zu haben geht der Autor davon aus, dass dieser sich als Spieler und nicht als Spielerin bezeichnen würde.

Verhalten ist aus Sicht der neuen politischen Ökonomie also ein rein rationales stimmenmaximierendes Verhalten, welches als indirekter Effekt der nominalen Trägheit des Stimmvolkes anzusehen ist.

Trotz allem gab es auch schon in der so genannten politischen Elite dieses Landes gewisse Anpassungsprozesse auf diesen Schock. Die wichtigsten sind hier-



bei der Beitritt zur Europäischen Union 1995, beziehungsweise zur Partnerschaft für den Frieden und die Teilnahme an der erweiterten gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union 2004¹⁴. Wobei insbesondere in kurzer Frist eine stärkere Antizipation des weiterhin nominal geblendeten Stimmvolkes durch die SPÖ¹⁵ zu beobachten war. In

14 Hierzu zählt insbesondere die Bereitstellung von Kaderpräsenzeinheiten zur Aufstellung von europäischen Battle Groups. Somit ist die Europäische Union de facto ein militärisches Bündnis, auch wenn dies so in Österreich nicht dargestellt wird. Hier kann auch von einer typisch österreichischen Lösung gesprochen werden.

15 Mittlerweile dem Namen nach Sozialdemokratische Partei Öster-

der unten stehenden Grafik ist dies genau beschrieben. Während die realpolitische Notwendigkeit der Neutralität spätestens seit 2004 nicht mehr gegeben ist, ist die reale Anpassung durch das Stimmvolk nicht und durch die so genannte politische Elite nur unzureichend erfolgt. Aus der ökonomischen Theorie der nominalen Trägheit wissen wir, dass die mangelnde Antizipation von exogenen

Schocks zu instabilen und allokativ suboptimalen Zuständen führt. Ein außen- und sicherheitspolitisch optimaler Gleichgewichtszustand für die österreichische Außen- und Sicherheitspolitik würde sich erst dann einstellen, wenn der exogene Schock vollständig vom Stimmvolk und dessen repräsentativen Souverän antizipiert werden würde.

Wir sehen also, dass sich die nominale Trägheit direkt auf das Wahlvolk auswirkt und indirekt auf die politische Elite dieses Landes. Beide Effekte sind also von besonderer Bedeutung und in der Volkswirtschaftslehre hinreichend untersucht worden und müssen nur noch auf andre Sozialwissenschaften

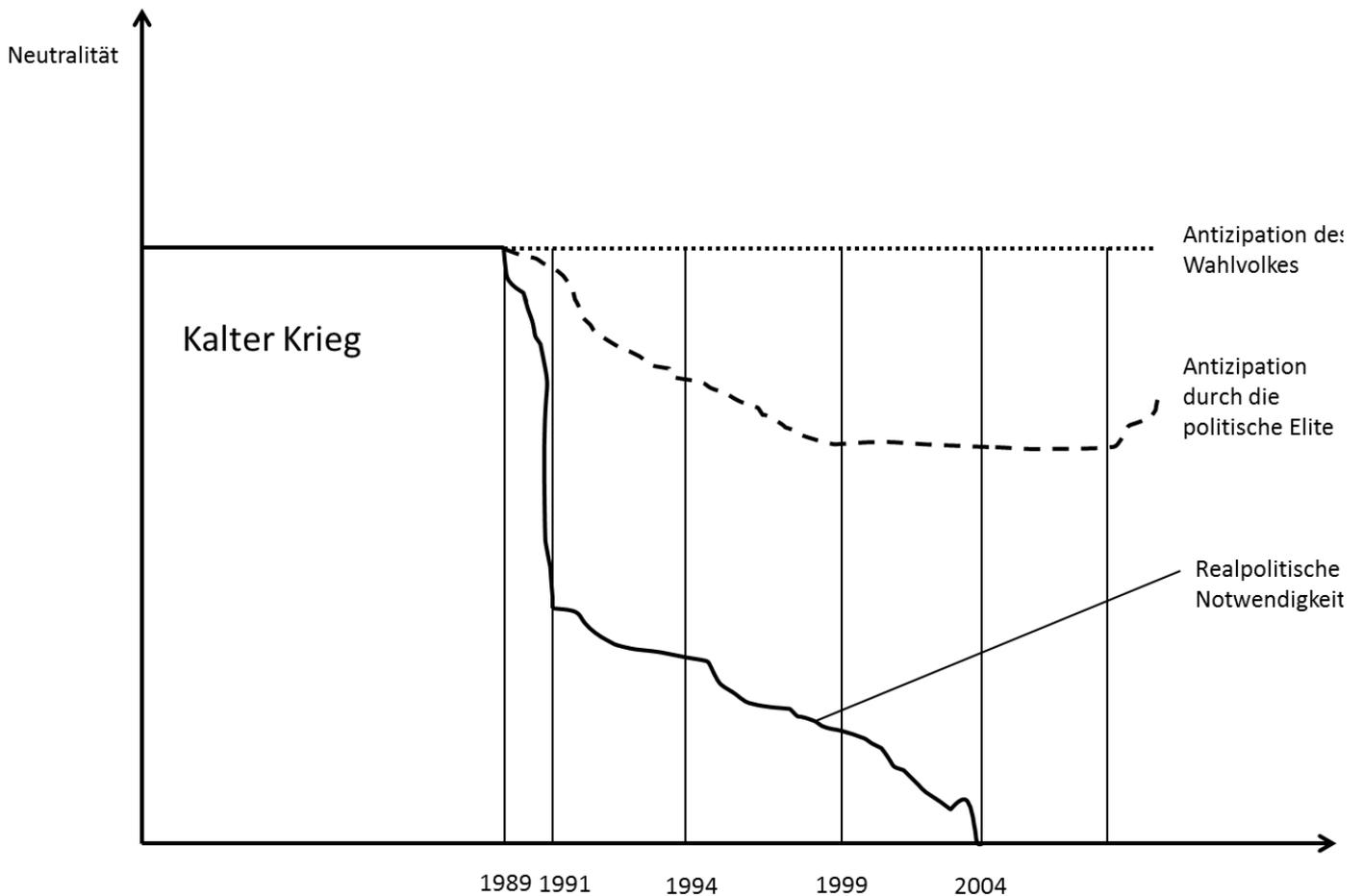
schaften übertragen werden. Daraus ergibt sich jetzt natürlich ein gewisser universeller Geltungsanspruch der Ökonomie. Denn die Volkswirtschaftslehre trifft im Gegensatz zur Moraltheologie, zur Philosophie der Ästhetik oder zur Politik die letzte Unterscheidung nicht auf Basis von gut oder schlecht, von schön oder hässlich, von Freund oder Feind, sondern auf Basis von nützlich oder schädlich. Im Gegensatz zu anderen modernen Theorien im Sinne eines Carl Schmitts ist die Ökonomie die einzige, die sich mit Graustufen beschäftigt und nicht in den

absoluten Kategorien schwarz und weiß denkt. Erst wenn sich dieses vorbildliche Denken in sämtlichen sozialwissenschaftlichen Teildisziplinen durchsetzt, werden auch das österreichische Stimmvolk und sein gewählter Souverän hier erkennen, dass der Typhoon ebenso überflüssig ist wie die U-Boote für den Bodensee. Denn Österreich muss die Neutralität nicht aufgeben, es muss nur anerkennen, dass es nicht mehr neutral ist.

Wir ÖkonomInnen stehen hier in der Pflicht. Unsere Analyseverfah-

ren müssen sich darauf konzentrieren, zu entscheiden, ob eine politische Maßnahme die Wohlfahrt unseres geliebten Volkes steigert oder senkt. Wir haben die von Gott verdamnte Pflicht, uns aus den Termen des Absoluten zu verabschieden und uns in das Äon des Relativen zu begeben. Denn nur dann sind wir in der Lage Institutionen zu schaffen, die die Antizipation von gesellschaftlichen, politischen oder ökonomischen exogenen Schocks¹⁶ hinreichend ermöglichen.

¹⁶ Inwieweit Schocks exogen sind, ist eine andere Frage.



RBK im Dialog



Spiel von Rot und Börsenkrach

Ein Interview mit Prof. Rosner über die Ökonomie im Allgemeinen und den RBK im Speziellen

RBK: Wenn ich Sie bitten dürfte, etwas über die Entstehung des RBK zu erzählen...

Rosner: Um 74/75 haben einige Kollegen beschlossen, ein regelmäßiges Blatt herauszugeben. Es war mehr die Lust etwas zu schreiben, ein bisschen Polemik, es war eine Auseinandersetzung mit dem Institut, mit anderen politischen Organisationen... das fällt heute weg... Ich war damals Assistent am Institut für Ökonomie und befand mich im Doktorat, einige Freunde und ich haben uns dann zusammengeschlossen, der Name war mein Vorschlag. Viele der am RBK beteiligten waren sehr gute und aktive Studierende und sehr auf unser Studium konzentriert. Man war in allen wichtigeren Seminaren vertreten, das bildete sozusagen unsere Plattform.

RBK: Es gab doch auch die Diskussion ob man das Ganze nicht „Schwarzer Freitag“ nennen wollte...

Rosner: Das kann schon sein, aber Rot war uns wichtig, ein bisschen Rot, das hatte man schon drin. Es stand damals für etwas Positives und das Spiel von Rot und Börsenkrach fand Gefallen. Ich war nur anfänglich präsent, ab 78 war es dann aufgrund meiner Assistentenstelle vorbei, es kamen andere sehr engagierte Leute nach.

RBK: Damals gab es am Institut mehrere Gruppierungen...

Rosner: Es gab an der Universität und am Institut mehrere linke Gruppierungen: Kommunisten im

klassischen Sinne der Kommunistischen Partei, es gab Sozialisten des VSSTÖ, Maoisten... Wir haben uns unabhängig von denen gesehen, also autonom. Autonom heißt heutzutage eher anarchistisch, aber das wars auch nicht. Nicht einmal das waren wir. (lacht) Viele der mitarbeitenden Freunde waren sehr engagiert und sehr gute Studenten. Im Gegensatz zu anderen Gruppierungen waren wir auch sehr stark auf das Studium konzentriert, was man von den anderen eben nicht behaupten konnte. Die man dem Kontext einer politischen Partei zuordnen konnte, das hat uns damals überhaupt nicht interessiert.

RBK: Die Hauptmotivation war also wirklich die Zeitung?

Rosner: Es war zunächst der Reiz einer Zeitung. Dazu muss man sagen dass eine Mitbestimmung seitens der Studierenden gerade erst angefangen hat, das UUG 75 trat gerade erst in Kraft.

“Rot war uns wichtig, ein bisschen Rot, das hatte man schon drin..”

RBK: Und für welche inhaltlichen Veränderungen innerhalb des Instituts setzte sich der RBK im Laufe seiner Zeit ein?

Rosner: Man stieß sich immer wieder an der Mathematik, teilweise an der Mikroökonomie, man kann das alles nachlesen. Ich bin vor kurzer Zeit darauf gekommen dass zumindest die Jahrgänge 75/76 noch in der Nationalbibliothek stehen, 300 Seiten unge-

fähr... Die Dicke der Ausgaben variierte von Zeit zu Zeit, wir haben das damals mit Wachsmatrizen gemacht, andere billigere Formen gab es nicht.

“Ich habe immer gerne polemisch mit Sprache gespielt, das fehlt fast vollkommen, es ist viel ernster geworden.”

RBK: Wie war damals das Verhältnis zwischen Studierenden und Lehrenden?

Rosner: Es gab ein sehr gutes Verhältnis zwischen Studierenden und damals jüngeren Lehrenden, darunter auch der jetzige Rektor Winckler, Zu den Professoren gab es sehr wenig Kontakt, mit einer einzigen Ausnahme, Professor Streissler, der schon damals am Institut war.

An ein Ereignis muss ich immer noch denken, Professor Winckler hat im Rahmen eines Treffens vergangenen Sommer daran erinnert. Es muss ungefähr um 1980 herum gewesen sein, Professor Winckler war damals schon Professor, da gab es eine Aktion im Hörsaal, wo im Zusammenhang mit Protesten seitens der Studierenden die Wände bunt angemalt worden sind. Winckler und Gehrlich waren während das geschah im Hörsaal. Da gab es seitens der Unileitung die Drohung einer Anzeige wegen Sachbeschädigung. Da hatten einige Leute des RBK die Idee zum auch jetzt immer wieder in den Zeitungen auftauchenden Peter Weibel zu gehen, damals an der Angewandten tätig. Der schrieb ihnen daraufhin ein Attest, dass diese Wand als Kunstwerk zu sehen ist und damit nicht nur die Wand nicht beschädigt wurde, sondern sogar der Wert der Universität erhöht worden ist. Dieser Art waren

die damaligen Aktionen. Im Zuge eines Wahlkampfs wurde diese Wand von einer anderen Gruppe wieder weiß überbemalt um zu zeigen dass sie für Ordnung sind. (lacht)

“[...]es ist nicht mehr so einfach für die Studierenden intellektuell etwas gegen ihre Professoren auszurichten, das war bei uns noch relativ einfach.”

RBK: Gab es mehr Diskussion?

Rosner: Es gab auf alle Fälle viel mehr Diskussionen als heute, es gab allerdings keinen geregelten ordentlichen Lehrbetrieb. Das Studium war vollkommen anders strukturiert, im ersten Studienabschnitt (Diplom) in acht Semestern, insbesondere in der ersten Hälfte lernte man Mathematik, Statistik, Recht, Soziologie, BWL, und ganz wenig VWL, die kam erst im zweiten Studienabschnitt, das wurde erst Mitte der 80er Jahre umgestellt. Heute gibt es Lehrbücher die sich mit der Thematik genauer auseinandersetzen. Brauchbare Bücher für Makro- und Mikroökonomie sind erst in den 80er- und 90er-Jahren aufgetaucht. Mittlerweile hat sich einiges geändert: Wir haben ein besseres Studium, das Studierenden aber weniger Freiheit gibt, andere Sachen zu machen, dafür werden sie besser ausgebildet.

“Die Organisation der Universität muss allerdings in der Tat anders werden[...].”

RBK: Gibt es etwas das sie heute am RBK vermissen?

Rosner: Ich habe immer gerne polemisch mit Sprache gespielt, das fehlt fast vollkommen, es ist viel ernster geworden. Es gab damals auch noch die Hoffnung einer alternativen Theorie, das gibt es heute nicht, zumindest unter den Volkswirten nicht mehr im größeren Maß. Marxismus hat auch schon damals auf der Universität keine größere Rolle mehr gespielt. Es wird wahrscheinlich zu wenig abseits des Mainstream unterrichtet, wenn das eingeklagt werden würde, wäre das vielleicht günstig, aber es ist viel schwieriger für die jungen Studierenden etwas Inhaltliches gegen ihre ProfessorInnen zu sagen weil diese besser geworden sind. In den 70ern war das noch – mit Ausnahme von Professor Streißler und den jüngeren Assistenten war das eine Katastrophe! Die Differenz im Wissen zwischen einem Studierenden und einem Professor war Zeitweise nicht sehr groß. Um ein Beispiel zu bringen: Bei einer Diplomprüfung, an die ich mich erinnern kann hat ein Dozent den Lagrange-Multiplikator nicht gekannt, das war aber schon einer der besseren Assistenten! Heutzutage ist das schon ein riesiger Unterschied, es ist nicht mehr so einfach für die Studierenden intellektuell etwas gegen ihre Professoren auszurichten, das war bei uns noch relativ einfach.

RBK: Anhand ihrer Zeitungsartikel, welche sie hin und wieder schreiben, würde ich sie eher als linken Ökonomen einordnen...

Rosner: Jaja, durchaus, das hoffe ich schon zu sein!

RBK: Kann man sagen dass es Aufgabe eines linken Ökonomen

ist, Wirtschaft im Sinne einer Mehrheit der Menschheit zu machen?

Rosner: Nicht im Sinne einer Mehrheit der Menschheit. Also für mich ist Ökonomie ein Stück Aufklärung. Wir haben kein Wissen im Sinne wie es die Naturwissenschaft hat, wir beanspruchen aber doch analytisch zu sein. Insofern sehe ich die Wirtschaftswissenschaften als ein Stück Aufklärung mit einem politischen Anliegen... Wenn sich das richtige durchsetzt, dann ist es auch gut für die Menschen... vielleicht ist das unbegründeter Optimismus aber den habe ich. Der Inhalt unserer Lehrveranstaltungen kann uns hierbei helfen klar zu denken und nicht in die üblichen Phrase hineinzufallen, wie zum Beispiel, die „Marktwirtschaft ist wunderbar“ oder „Sie ist schlechthin das Übel“, dass man lernt das genauer zu analysieren und Rücksicht nimmt auf Neben-

“[...]fürmichistÖkonomie ein Stück Aufklärung.”

effekte und soziale Interessen. Auch sehr prominente Ökonomen, die - nicht unverdientermaßen – einen Nobelpreis bekommen haben, sehen plötzlich wieder von allen Nebenwirkungen ab, wenn es um politische Entscheidungen geht.

RBK: Sind sie der Ansicht dass jeder Mensch Ökonomie studiert haben sollte?

Rosner: Ja, ich halte das für sehr wichtig. Wir beziehen im Alltagsleben ständig Stellung auf ökonomische Problemstellungen. Kein Mensch würde darüber debattieren, wie die Landwirtschaft betrieben oder eine Operation durchgeführt werden soll, aber wie die Ökonomie gestaltet werden soll, ist ein unverzichtbares Thema

und notwendig, sonst wäre jede Idee von Demokratie hinfällig. Und auch wenn nicht alle Menschen Ökonomie studieren können, kann nicht genug davon gelehrt werden – insofern ist Aufklärung sehr wichtig.

RBK: Wie hat sich ihrer Meinung nach im Laufe der Zeit die Bedeutung des VWL-Instituts, die Politisierung und das Engagement der Studentinnen verändert?

Rosner: Das sind zwei verschiedene Sachen. Als Erstes ist es glaube ich richtig sagen zu können dass unser Institut mittlerweile zu den großen Playern im deutschen Sprachraum gehört, auch wenn zu befürchten ist, dass sich dieser Zustand durch die veränderten Rahmenbedingen – namentlich der neuen Studieneingangsphase - zu verschlechtern droht. Ich halte auch die Trennung von Bakkalaureat und Master in unserem Studium für problematisch. Daher sind auch die Studierenden anders: Erstens gibt es gegenüber fast 40 Jahren eine Bevölkerung von fast 25% die studieren geht. Eine Besonderheit wären vielleicht **“Innerhalb der Universitäten müsste vieles anders werden, gerade was die Massenstudien anbelangt.”**

sehr gute Studierende, die viel Engagement im Institut zeigen, aber wenig Interesse daran haben, sich politisch zu engagieren, wahrscheinlich auch deswegen weil es eben mehr Studierende gibt als früher.

RBK: Glauben sie dass eine engagiertere, politisiertere Studentinnenschaft etwas Wünschens-

wertes für das Institut wäre?

Rosner: Für mich ja. Es entsteht dadurch ein Druck die Lehre mit mehr Inhalten zu füllen. Das ist etwas wichtiges. Die Techniken müssen gelernt werden, aber es soll nicht rein technisch bleiben.

RBK: 1990 haben sie im Falter einen Artikel geschrieben, der zum Abriss und neuerlichen, zweckorientieren Bau des Universitätsgebäudes aufgerufen hat. Die damalige Titelzeile war mit „Reißt diese Uni ab“ vielleicht etwas reißerisch, allerdings wollte ich sie fragen, ob sie im Hinblick auf die jetzige bildungspolitische Situation diesen Ausspruch vielleicht auch anders gebrauchen würden.

Rosner: Erstens ist es wichtig festzuhalten dass es damals um das Universitätsgebäude am Ring als solches ging und nicht um eine unipolitische Diskussion. Es ging damals viel um das Verständnis des Denkmalschutzes. Das Gebäude damals war viel hässlicher als jetzt. Allerdings bleiben die größten Mängel weiterhin bestehen: Beispielsweise ist es disfunktional, weil es für Treppen einen enormen Platzaufwand hat. Die Organisation der Universität muss allerdings in der Tat anders werden, weil unser Verständnis von Universität letztlich darauf beruht, dass nur ein sehr kleiner Teil der Bevölkerung studieren geht, obwohl die Universität immer (aus-)bildenden Charakter für die Gesellschaft hatte. Beispielsweise in der Juristerei oder in der Medizin und Biologie, in der Theologie, in der AHS-Lehrerausbildung. Mit der steigenden Anzahl an StudienanfängerInnen gibt es meiner Meinung nach allerdings gute Gründe, die Einheit von Lehre und

Forschung, den ideologischen Kernbereich der Universität zu reformieren. Es gibt zum Beispiel keinen Grund, warum die Mehrheit der BetriebswirtInnen eine universitäre Ausbildung benötigt. Mit diesem Verständnis von Universität können sich keine 30% Studierende in der Forschung aufhalten.

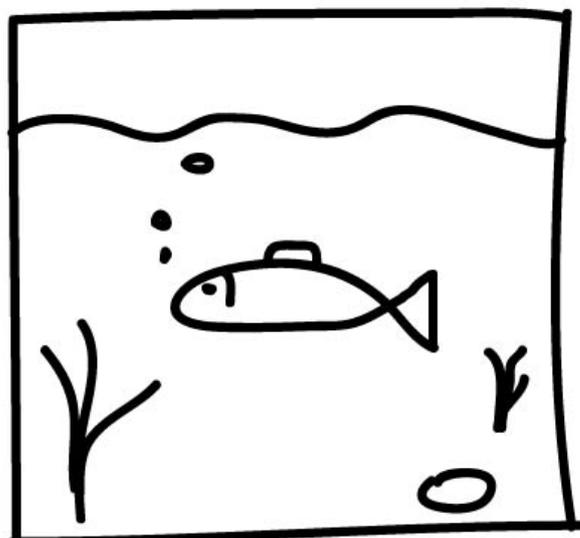
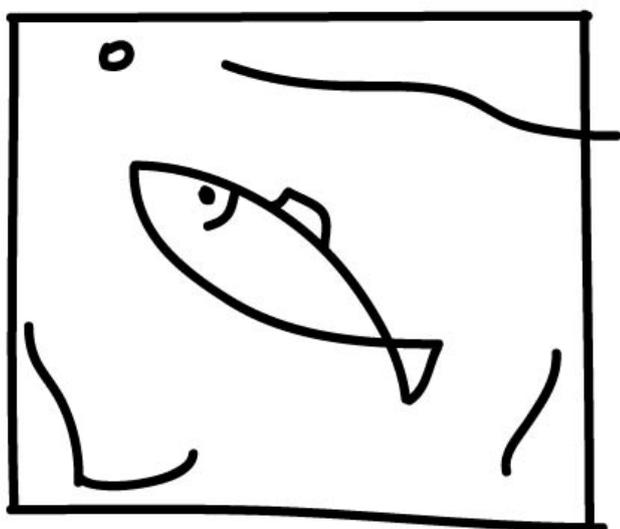
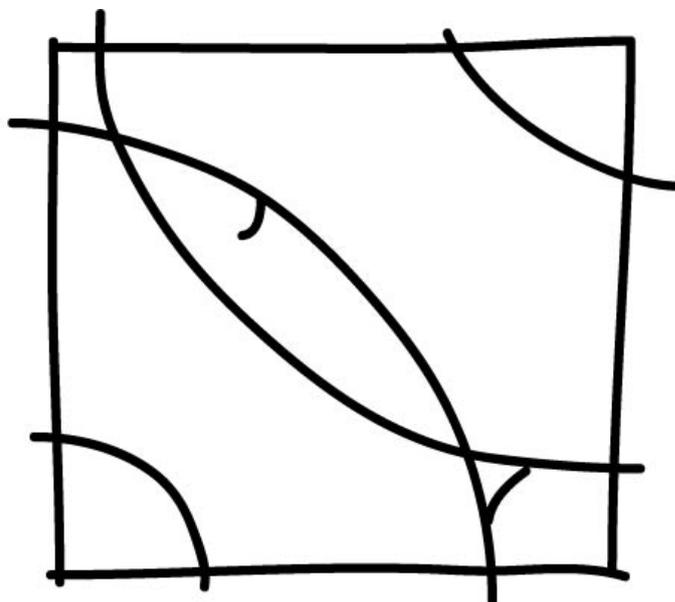
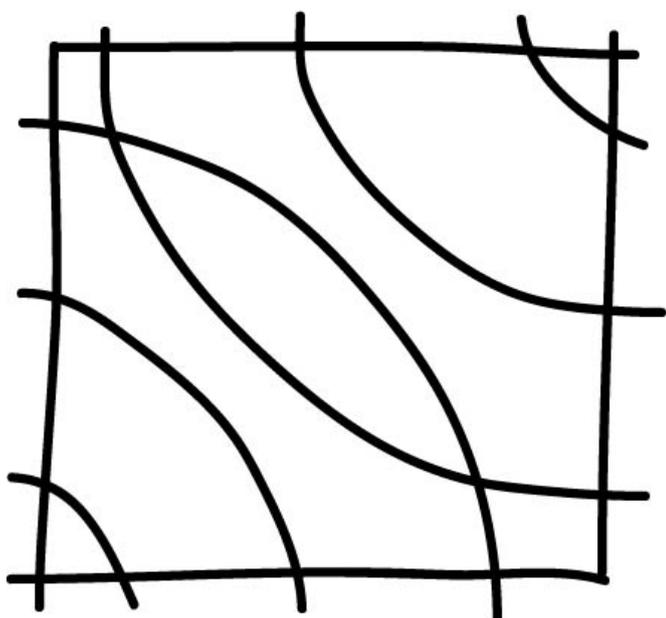
„[...]man lernt das genauer zu analysieren und [nimmt] Rücksicht auf Nebeneffekte und soziale Interessen.“

RBK: Wenn sie etwas an den jetzigen Zuständen an den Unis „abreißen“ könnten, was würde das sein?

Rosner: Prinzipiell ist es unserem Institut immer relativ gutgegangen, die Gesamtsituation hat sich sogar noch verbessert. Innerhalb der Universitäten müsste vieles anders werden, gerade was die Massenstudien anbelangt, es bedarf hier einer anderen Planung, welcher genau kann ich leider nicht sagen. Ein weiterer Punkt wäre eine Reflexion über das Lehrstuhlprinzip. Die Politik der Universitäten, anstatt alle in den dauernden Dienst zu stellen, niemanden längerfristig anzustellen stellt ein großes Problem dar. Dies ist allerdings ein Problem der gesamten deutschsprachigen Universitätskultur. Und das ist ein Problem, das tief sitzt und nur sehr schwer zu verändern ist.

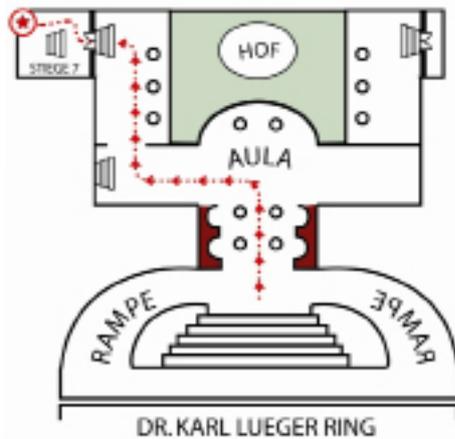
RBK: Wo sitzt das denn?

Rosner: Es sitzt in den Köpfen, man wächst in diesem System auf und übernimmt es. Auch an der Wiener Universität ist es noch immer sehr weit verbreitet.



A FISH AND?

Persönliche Erreichbarkeit



In der SCHILDBURG (neben Stiege 7)
Hauptgebäude, Universität Wien,
Dr. Karl-Lueger Ring 1,
1010 Wien

Journaldienste:

Di 11.00 - 13.00
Mi 11.00 - 12.00 und 13:00 - 15:00

Auch außerhalb der Journaldienstzeiten wird
sich meistens ein(e) hilfsbereite(r) Student(in)
in der Schildburg finden!

Tel: +43-1- 4277-19 634

Erreichbarkeit und Infos

Der Rote Börsenkrach / StV VWL

Hauptgebäude, Universität Wien,
Dr. Karl-Lueger Ring 1,
1010 Wien

Tel: +43-1- 4277-19 634
Web: www.univie.ac.at/stv-vwl
Mail: stvvwl@univie.ac.at

I'm still not convinced!

Der Name DER ROTE BÖRSEN-
KRACH (RBK) bezeichnet nicht nur
diese Zeitung, sondern ist auch der
Name der BASISGRUPPE VWL an

der WIWI Fakultät, die älteste noch
bestehende Basisgruppe der Uni
Wien. Es gib Möglichkeiten für alle,
die sich über das übliche Lehran-

gebot hinaus engagieren wollen,
zum Plenum zu kommen und Ideen
einzubringen.

Plenumstermin:
Mittwoch 19h30 - Schildburg